

Deutsche Freiheit

Einzig unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 210 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Dienstag, 11. Sept. 1934

Chefredakteur: M. Braun

Die ersten Genfer Saardebatten haben begonnen	Seite 3
So sieht das Ausland Schacht	Seite 4
Die Verständigung zwischen Frankreich und Italien	Seite 8

Lämmermann-Mord - ohne Sühne

**Neue Einzelheiten über das Plauener Verbrechen - Mörder aus „Ueberreifer“ freigelassen
Aufrechte Gegner bleiben im Konzentrationslager: Das ist die Justiz des „dritten Reiches“**

Nürnberg und Genf

Es scheint eine Ewigkeit her zu sein, daß der deutsche Reichshandwerker Adolf Hitler gen Süden zog, um in Venedig mit seinem Diktator-Kollegen Mussolini zusammenzutreffen. Wir kennen die Bilder, die beide vor den jubelnden Volksmassen zeigen. Wir erinnern uns den löblichen Berichten in den gleichgeschalteten Zeitungen, die Hitlers überragenden außenpolitischen Fähigkeiten priesen und sich nur noch nicht getrauten, den deutschen „Führer“ weit über den italienischen Duce zu erheben. Wenn man daran geglaubt hätte, wäre man tief beeindruckt gewesen von dem Bündnis der beiden aufstrebenden jungen antisozialistischen Mächte gegen die versinkende greise westeuropäische demokratische Welt. Heroische Führergestalten gegen die allen ausgedienten Parlamentarier ohne Schwarzhemd und ohne Braunhemd, die etwa in Paris sich vor Kammer und Senat zu rechtfertigen hatten.

Es scheint eine Ewigkeit her zu sein, und doch sind nicht hundert Tage seitdem vergangen.

Welch ein Szenenwechsel. Derselbe Mussolini, der im Juni auf dem Markusplatz zu Venedig mit großer Geste die Italiener auf seinen Gast und Schüler aus dem Norden hinwies, damit er Anteil habe an der brausenden Ovation, hat nun in Bari über den deutschen Diktator und dessen Bewegung in so herabschauenden Worten gesprochen, wie sie selbst bei heftigen Gegenständen zwischen Staatsführern nicht üblich sind: „Dreißig Jahrhunderte unserer Geschichte gestatten uns, mit souveränem Mitleid auf gewisse Lehren zu schauen, die jenseits der Alpen von den Nachkommen von Völkern gepflegt werden, denen die Schrift noch unbekannt war, so daß sie keine Urkunden über ihre Existenz zu einer Zeit zu erbringen vermögen, da Rom bereits einen Caesar, einen Virgil, einen Augustus besaß.“

Das ist der Rausch des nationalistischen Uberschwangs, der eben erst aus Nürnberg mit Pauken und Trompeten zu uns drang, ins Italienische übertragen.

In den zweitausend Jahren, die Mussolinis Erinnerung mit seinem Römerstolz rückwärts blickt, haben die Deutschen etliche kulturelle Leistungen aufzuweisen, die sich durchaus neben den römischen der Antike sehen lassen können, und gerade Mussolini hat darüber schon ganz vernünftige Ansichten geäußert. Wenn er jetzt in großen Teilen des deutschen Volkes einen nationalistischen Kult erlebt, den jeder gesunde Menschenverstand ablehnt, so sollte Mussolini nicht vergessen, daß er in seinen tollsten Zeiten Reden über die europäische Mission seiner faschistischen Staatsideen gehalten hat, die so unerträglich waren wie das, was Berlin seit dem 30. Januar 1933 außenpolitisch produziert. Mussolini ist Hitlers Vorbild. Wenn allerdings der Italiener seinen deutschen Nachbeter und Nachahfer für unzulänglich hält, wollen wir ihm nicht widersprechen.

Die deutsche Regierungspresse antwortet Mussolini recht kleinklaut. Sie findet mit zarter Höflichkeit die Rede des italienischen Staatschefs „bescröndend“ und stellt Mussolini das Zeugnis aus, daß er „sehr unbestimmt“ spreche. Wahrscheinlich halten sich die Herren Hitler, Goebbels und Göring für Redner von musterhafter Selbstbeherrschung und hoffen, daß Mussolini durch die weise Abgeklärtheit Berlins an die Seite der deutschen Staatsführer zurückgeführt werde.

Einstweilen ist Deutschlands Isolierung vollständig. Es ist von jeder außenpolitischen Mitwirkung ausgeschlossen und bleibt außerhalb aller europäischen Kombinationen, denen es nur noch als Objekt zu dienen hat.

In Genf vollziehen sich alle Beratungen und Entscheidungen ohne und gegen Deutschland. Rußlands große Wendung zum Völkerbund hin, die Beratungen über deutsches Land an der Saar und das Schicksal Deutschlands: niemand kümmert sich darum, was das Diktatorreich: niemand kümmert sich darum, was das große „dritte Reich“ dazu denkt und sagt. Nur einige einflusslose deutsche Beobachter sind in Genf, und für die „deutschen Front“ der Saar antichambriert deren

In Plauen im Vogtlande gab es Anfang August eine Verlesung, die in ihrer prunkvollen äußeren Ausmachung beinahe einem Staatsbegräbnis gleichkam. Man begrub die Urne des Gymnasiasten und Hiltlerjungen Lämmermann, der einige Wochen vorher im Zuge der „Säuberungsaktion“ in schauerlicher Weise ermordet worden war. Unter Beibringung von Dokumenten hat die „Deutsche Freiheit“ zuerst die grünen Einzelheiten des Falls veröffentlicht. Die nachträgliche Rehabilitierung ihres Sohnes hatte die Mutter Lämmermanns nur der Tatsache zu verdanken, daß ihr Mann als hoher Offizier im Felde gefallen war und sie dadurch „hohe“ gesellschaftliche Kreise in Bewegung setzen konnte. Am Grabe hielten die Priester feierliche Bekehrungen. Auch der Führer spendete einen mächtigen Kranz mit einer Bienenklee.

Jetzt werden weitere Einzelheiten bekannt, die erkennen lassen, welche Untat hier an einem Jungen, der Schule noch nicht entwachsenen Menschen verübt wurde. Man hatte ihn unter der Anschuldigung, er sei ein Anführer des erschossenen Truppenführers S. und zu tödlich, buchstäblich zu tödlich getötet. Nachher verurteilten seine Mörder, den Friedhofswärter zu zwingen, die Ueberreste zu beerdigen. Die Wärter aber weigerten sich und forderten die Sterbestunde. Darauf wandten sich die braunen Mörder an den Krematoriumsdienere mit der Forderung, er solle den Saß mit der Leiche verbrennen. Aber auch dieser weigerte sich. Erst als der Plauener nationalsozialistische Stadtverordnete und Arzt Dr. Glaninger die Todesurkunde anstellte (deren Inhalt noch unbekannt ist), wurde die Verbrennung durchgeführt. Es versteht sich von selbst, daß die Mutter den erschlagenen Körper ihres eigenen Kindes nicht mehr gesehen hat.

Schon bei der ersten Veröffentlichung hatten wir geschrieben, daß den Mörder Lämmermanns wohl kaum etwas geschehen würde. Ihr „Führer“ hatte sie schon im voraus anmerkt. Ihre Tat fiel ja unter „Ueberreifer im Dienste an der nationalsozialistischen Bewegung“, die Straffreiheit garantierte. Die an dem Mord beteiligten Führer der Hiltlerjugend sind jetzt bekannt. Es sind der Oberbannführer Gebiet Vogtland Weichler und der Sturmführer S. S., beide Kameraden des Ermordeten. Verantwortlich sind ferner der Brigadeführer Gehl und der Stadtverordnete Dr. Glaninger. Alle vier wurden verhaftet. Inzwischen hatte die Mutter Lämmermanns erfolgreich den Beweis geführt, daß ihr Sohn mit einer Verschwörung gegen Hitler nicht das

mindeste zu tun hatte. Sie war mit ihrer Schwester nach Berlin gefahren, um bei Hitler persönlich vorstellig zu werden. Der „Führer“ war jedoch für die Mutter des ermordeten Hiltlerjungen nicht zu sprechen. Göring sagte ihr Genugtuung zu, forderte jedoch von ihr vollkommenes Stillschweigen. Das Schweigebot konnte jedoch nicht verhindern, daß der furchtbare Mord in allen seinen Einzelheiten in Kürze bekannt wurde. Noch in der Stunde der Einäscherung wußte die Mutter freilich noch nicht, ob in dem Saß nicht schon das häßliche Aische ihres Sohnes lag oder wirklich der grünenhaft zugewandte Körper...

Was ist aus den Mörder geworden? Stehen sie vor der Aburteilung? Der am schwersten belastete Brigadeführer Gehl ist aus der Haft entlassen worden. Man rechnet damit, daß auch die anderen Beschuldigten in Kürze in dem vollen Besitz ihrer Freiheit sein werden.

Das ist die Amekie im „dritten Reich“. Kein Faschist braucht sich Gedanken wegen einer Bestrafung zu machen, auch nicht beim Mord eines unschuldigen Kameraden. Als damals die entsetzlichen Mißhandlungen in Stettin bekannt wurden und Göring in aller Öffentlichkeit eine harte Sühne ankündigte — was geschah? Die bestialischen Handlanger wurden nach einigen Wochen, obwohl offiziell harte Zuchthausstrafen über sie verhängt worden waren, lässlich entlassen.

Es ist alles „rechtens“. In Nürnberg hat der Justizbevollmächtigte des Führers, Dr. Frank, wieder einmal ausgesprochen, daß das liberalistisch-individuelle Recht des Einzelnen angelegt sei. Sein Recht gelte nicht gegenüber den Interessen der Allgemeinheit. Darum wird der Fall Lämmermann beschlagmäßig von der Presse totgeschwiegen. Darum gibt es keinen Kirchenprotest gegen die vielfache Niedertrampeln eines Hiltlerjungen.

Gefangen bleiben und in Konzentrationslagern gequält werden Männer, die zwar keines Mordes, wohl aber einer Gefährdung schuldig sind. Dr. Mierendorff, Dr. Schumacher, Thälmann, Ossietzky, Reubauer und zehntausende anderer sind nach wie vor in den Händen der Genfer und Banditen des „dritten Reiches“. Die Mörder in betrübten Höfen und mit Rangfäden machen inzwischen unter dem Protektorat der obersten Justanz muntere Karriere.

Führer, der französische Heereslieferant Köchling, vor etlichen Diplomaten. Indes ist nicht sicher, ob er als deutscher Politiker oder als internationaler commis voyageur für seine Betriebe mit Offerten für Rüstungslieferungen auftritt.

Er bereitet in Genf die Niederlage des „dritten Reiches“ an der Saar vor, wie sein hoher Chef in Berlin die deutsche Niederlage an der Donau besiegelt hat. Oesterreich ist weit von Deutschland abgedrängt, und das ist allein die Schuld der verrückten gewalttätigen Expansionspolitik des Nationalsozialismus auf österreichischem Gebiet.

In derselben Rede, in der Mussolini mit Hohn und Schimpf über das „dritte Reich“ sprach, hat er Worte herzlicher Freundschaft an Frankreich gerichtet und auf die Verhandlungen hingewiesen, die im Geiste der Zusammenarbeit zwischen beiden Regierungen schweben. Deren Ziel ist die internationale Garantie der Unabhängigkeit Oesterreichs, die Italien am Brenner sichert, und die wirtschaftliche Organisation der Donaufstaaten, die Oesterreich wirtschaftlich lebensfähig erhält. Darüber hinaus hat Italien die kühne Konzeption eines allgemeinen Donaupaktes, der außer der Kleinen Entente Oesterreich, Ungarn, Polen und Italien umfassen soll. Ob nun dieses Ziel in absehbarer Zeit erreicht wird oder nicht, das „dritte Reich“ hat nun glücklich an allen Grenzen Deutschlands jede außenpolitische Chance verspielt.

Wenige Wochen haben genügt, jeden Gedanken eines internationalen faschistischen Blocks in Träume zerflattern zu lassen. Während zwischen Rom und Berlin alle

Drähte zerrissen sind, werden sie zwischen Paris und Rom enger geknüpft, als bis vor kurzem Italien und Frankreich hoffen konnten.

Von Nürnberg her drohen nationale Kraftsprüche zu uns, aber die Tatsachen reden eine andere und sehr unwillkürliche Sprache: das „dritte Reich“ hat Deutschland in die Vereinsamung und in die Verachtung wieder hinabgestoßen, die es im Kriege und unmittelbar danach umgeben. Hitler hat alles vertan und vermisset, was außenpolitisch in vierzehn Jahren Republik für Deutschland gearbeitet und erreicht worden war.

Seine Worte sind Phrasen. Seine Taten sind nationale Katastrophen.

Die „Bubenparade“

Gutgläubig und niedlich

Paris, 9. September 1934.

Zu dem Aufmarsch der 60.000 Jugendlichen in Nürnberg schreibt der „Antragsagent“, man habe gut reden, daß es sich hierbei nur um eine friedliche Manifestation handle. Vielmehr seien diese ganzen Kundgebungen ihrer ganzen Aufmachung nach militärische Uebungen erster Ordnung.

„Journal“ gibt unter der Ueberschrift „Die Bubenparade auf dem Kasinopark in Nürnberg“ einen zwei Spalten langen Bericht über den Aufmarsch der Jugendlichen. Der Berichtshatter schreibt, die Kinder hätten sich unendlich abgemüht und einen Höllenspektakel mit ihren Rüstungsinstrumenten vollführt. Dabei seien diese Anirpse so aufglaubt und sie seien so niedlich anzusehen, wie der kleine „Duerpfeifer“ auf dem bekannten Bild des französischen Malers Manet.

Eine Warnung der „Prawda“

Moskau, 9. September 1934.

Die „Prawda“ kommentiert ironisch und doch bitter-ernst die nationalsozialistische Tätigkeit an der Saar. Das Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion meint, die Nazis bereiten an der Saar keine Volksabstimmung sondern einen Putsch vor. Für die Nazis sei eine Volksabstimmung niemals eine Wahlbefragung des ganzen Volkes. Für sie be- liebe eine Volksabstimmung darin, mit gezinkten Karten beim Spiel zu betrügen und der Bevölkerung Gewalt anzutun. Sie beweisen dadurch nur, daß sie selbst nicht mehr glauben, sich auf die Mehrheit der Saarbevölkerung stützen zu können. Die deutsche Abenteurerpolitik erziele die gegen- teilige Wirkung, die Hitler erwarde. Früher habe sich ein bedeutender Teil der Bevölkerung, insbesondere das Proletariat für die Rückgliederung zum Reich ausgesprochen. Heute gebe es keinen Zweifel, daß die Saarbevölkerung keine Gemeinsamkeit mehr mit dem Summknäppelnde wünsche.

Freimaurer Schacht

Auch das noch!

Man schreibt uns aus dem Reich:
Im Anschluß an den Artikel in Nr. 24 der „Märkischen Volkszeitung“ „Freimaurer und NSDAP. Eine Mitteilung des obersten Parteigerichts“, teile ich Ihnen die unumstößliche Tatsache mit, daß der Generalbevollmächtigte der deutschen Wirtschaft und Freund Adolf Hitlers, der Reichsbankpräsident Dr. Hjalmar Schacht, Freimaurer ist. Laut Mitgliederverzeichnis von 1927/28 ist Dr. Hjalmar Schacht am 18. 9. 1907 Mitglied der Loge Urania zur Unsterblichkeit, welche der Großen Loge von Preußen, genannt zur Freundschaft in Berlin NW 7, Dorotheenstraße 21, angehört, geworden. Er erwarb an diesem Tage den Lehrlingsgrad. Am 21. 4. 1910 erwarb er in derselben Loge den Meistergrad. Den höchsten Grad erwarb er, indem er 1914 in den Inneren Orient der Großloge zur Freundschaft aufgenommen wurde. Auch war er der Vertreter der Großen Loge von Preußen genannt zur Freundschaft für Griechenland. Das genannte Mitgliederverzeichnis geht allen Brüdern dieser Loge zu. Ein Exemplar befindet sich katutengemäß in den Händen der Preussischen Staatsregierung. Durch einen bei der Annahme geschworenen besonders feierlichen Eid endet die Zugehörigkeit zum Freimaurerbund erst mit dem Tode und selbst wenn jemand aus irgendwelchen Gründen den Freimaurerbund verläßt, bleibt er dennoch durch seinen Eid zeitlich gebunden.

Auch der Vater unseres Volksheros Horst Wessel, der bekanntlich protestantischer Pfarrer in Berlin war, war ein sehr eifriger Freimaurer und bis zu seinem Tode Mitglied der Loge „Zum Pilgrim“ (gehörig zu den Altpreussischen Logen) und bekleidete dort sogar die hochansehnliche Stellung eines Meisters vom Stuhl. Also auch im „dritten Reich“: Freimaurer an der Front

Der spanische Generalstreik

Wieder abgebrochen

Madrid, 9. September. In Madrid ist Samstag früh der Generalstreik erklärt worden. Um 6 Uhr morgens erhielten die Straßenbahn- und Untergrundbahngepösten sowie die Taxifahrer die Weisung, die Arbeit niederzulegen. Die Typographen bei den Zeitungen erhielten den gleichen Befehl. Die Streikenden verhinderten die Abhaltung der Märkte. Die Banken waren am Vormittag geöffnet. Die Bäcker und Lebensmittelgeschäfte bedienten ihre Kundenschaft. Gewisse Wirtschaftler und Bars arbeiteten, aber die Besitzer bedienten ihre Kunden selber. Alle anderen Geschäfte waren geschlossen.

Kurz nach 9 Uhr fuhren gewisse Trambahnen aus und nahmen ihren Dienst auf, geführt von Geniesoldaten und Polizisten.

Madrid, 9. September. Die Gewerkschaften haben ihren Mitgliedern den Befehl erteilt, die Arbeit von Mitternacht an wieder aufzunehmen. Der Generalstreik ist damit beendet.

Madrid, 9. September. Bei der medizinischen Sektion ist noch eine größere Gruppe Streikender auf die Polizisten, die ebenfalls streikten. Eine auf dem Balkon ihrer Wohnung zuschauende Frau wurde tödlich getroffen. Auch ein Folsant und ein mit ihm gehendes Kind wurden erschossen. Kurz darauf kam es in einer Nachbarstraße zu ähnlichen Zwischenfällen. Die Polizei erwiderte die Schüsse. Ein junger Mann, der einen Revolver in der Hand hielt, wurde getötet und andere Personen erlitten Verletzungen.

Cholera in Rumänien

Bereits 8 Tote

Bukarest, 10. September. In einem Militärlager bei Constanza am Schwarzen Meer ist eine Cholera-Epidemie ausgebrochen. Die Nachricht von dem Ausbrechen der Seuche hat in ganz Rumänien größte Bestürzung hervorgerufen. Wie heute bekannt wird, sind bei zwei Infektionsregimentern, die in Mamaia zur Durchführung militärischer Übungen stationiert sind, vierzig Cholerafälle vorgekommen. Von den Erkrankten sind bereits acht gestorben. Die aus höchste dekretierten Militärbehörden veranlassen sofort eine strenge Untersuchung der Krankheitsfälle, die ergab, daß es sich tatsächlich um eine typische Cholera handelt. In Mamaia, das eines der beliebtesten und elegantesten Strandbäder an der rumänischen Küste des Schwarzen Meeres ist, wurden die zahlreichen Kur- stromen von einem panischen Schrecken ergriffen. Sie verließen fluchtartig die Küste. Kreisamtsleiter Anaelescu und der Inspektor des Sanitätswesens der rumänischen Armee sind eilhaft nach Constanza abgereist. Alle rumänischen Schiffe, die dieser Tage Constanza verlassen haben, kommen in den nächsten Häfen in Quarantäne.

Das Neueste

Reuter meldet aus Genf, bei einer Besprechung zwischen Poincaré und Henderson hätte Einigkeit darüber bestanden, daß es keinen Zweck haben würde, die Abrüstungs- konferenzen vor November einzuberufen.

Am Fußball-Länderkampf Deutschland gegen Polen lagte die deutsche Mannschaft mit 5:0 Toren. Die tschechoslowakische Polizei übertraf im Gebirge eine Gruppe von Leuten, die monarchistische Abzeichen trugen und Waffen bei sich hatten. 98 junge Leute wurden verhaftet.

Vorboten des sozialistischen Aktivismus

„Wacht auf . . .“ — Im Takte der Internationale — Frauen verhindern die Ausreise eines Landhellerzuges

Die steigenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten führen zu einer wachsenden Unruhe unter der Arbeiterschaft. Die Unzufriedenheit der Arbeiter kommt vor allem in den Versammlungen der sogenannten Arbeitersfront zum Ausdruck, zu denen die Arbeiter kommandiert werden, aber in denen niemals ein vernünftiges Wort über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft gesprochen wird.

Kürzlich mußten die Holzarbeiter von Hannover zu einer derartigen „Gewerkschaftsversammlung“ antreten. Es erschienen etwa 1000 Holzarbeiter, die bei Beginn der Versammlung die Besprechung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse verlangten. Der Versammlungsleiter stellte sich auf den Standpunkt, daß in der Arbeitersfront das Führerprinzip gelte und daß daher eine Diskussion nicht in Frage komme. Gestattet seien lediglich Anfragen am Schluß der Versammlung. Die Versammelten nahmen diese Erklärung zunächst zur Kenntnis und hörten sich das Wahl- und Wiesen-Referat eines sogenannten „Gewerkschaftsführers“ ruhig an. Im Anschluß daran stellten dann die Vertreter der einzelnen Berufsstände Anfragen an die Leitung über die Regelung ihrer Arbeitsbedingungen. Die Auskünfte, die ihnen von der Versammlungsleitung gegeben wurden, waren jämmerlich. Sie bewiesen erneut die totale Unkenntnis der braunen Gewerkschaftsböden. Als trotz allem Drängen die Holzarbeiter keine befriedigenden Auskünfte erhalten konnten,

verließen sie geschlossen und unter Absingen der Internationalen den Saal.

Diese spontane Kundgebung setzte sich noch auf der Straße fort, und sie bildete selbstverständlich in den nächsten Tagen das Gesprächsthema an allen Arbeitsplätzen der Holzarbeiter Hannovers.

In einem ähnlichen Zwischenfall kam es in einer Bauarbeiterversammlung in einem Vorort in Berlin. Auch dort forderten die Versammelten die Besprechung ihrer gewerkschaftlichen Fragen. Als der Naziredeuer dieser Diskussion

auszuweichen versuchte und wiederholt unbefriedigende Auskünfte gab,

kam es zu einem Handgemenge,

bei dem der Nazi-Beauftragte so unglücklich fürzte, daß er eine Stunde später an den Folgen eines Schädelbruches starb.

Besonders stark ist die Verbitterung der Arbeiterschaft über die rücksichtslose Verschickung verheirateter Arbeitsloser in die Landhilfe. Vor einigen Wochen kam es aus diesem Anlaß zu einem ersten Zwischenfall auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin.

Arbeitslose, die auf das Land verschickt werden sollten, erschienen auf dem Bahnhof mit ihren Frauen und Kindern. Die Arbeitslosen bestiegen den bereitstehenden Zug, aber die Frauen stellten sich auf die Schienen und verhinderten so die Abfahrt des Zuges.

Als der Fahrdienstleiter mit den Frauen verhandeln wollte: „Aber meine Damen, ich erfülle doch nur meine Pflicht, lassen Sie mich doch den Zug abfertigen.“ kam es zu erregten Erörterungen: „Wir sind keine Damen, wir sind Arbeiterfrauen.“ Arbeit habt Ihr uns nicht gegeben und jetzt nehmt Ihr uns auch noch unsere Männer.“ „Ist das Euer Nationalsozialismus?“

Der Fahrdienstleiter alarmierte die Polizei, die ebenfalls zunächst im Guten versuchte, die Frauen zur Freigabe der Schienen zu bewegen. Das gelang schließlich auch. Aber auch dann konnte die Abfahrt des Zuges nicht erfolgen,

weil die Frauen nunmehr ihre Männer aus den Wagen holten

und bald hand der Zug leer da, während die Arbeitslosen mit ihren Frauen und Kindern wieder nach Hause zogen.

In der deutschen Presse ist selbstverständlich keine Zeile über diese Vorfälle erschienen, sie berichtet nur über eitel Glad und Freude. In Wahrheit aber gärt und brodelt es, der kommende Winter tündet sich an.

Amerikanischer Riesendampfer in Flammen

171 Tote und Vermißte — Schiffsrumpf auf Strand gesetzt

Newport, 10. September. Eine furchtbare Schiffskatastrophe ereignete sich etwa 30 Meilen von der amerikanischen Küste entfernt. An Bord des amerikanischen Passagier-Dampfers „Morro Castle“ brach Samstag früh Feuer aus, das mit Riesenschnelligkeit um sich griff. Der Dampfer hat 387 Passagiere und 238 Mann Besatzung an Bord. Auf die ersten Hilferufe hin eilten mehrere amerikanische und englische Schiffe an die Unglücksstelle.

Das Schiff kam von Havanna und hatte viele Touristen an Bord. Ein Sturm gestaltete die Auslegung der Rettungsboote sehr schwierig. Das Schiff hatte Samstag vormittag in Newport eintraffen lassen.

DRB, Newport, 10. Sept. Der geschwätzte Rumpf des Dampfers „Morro Castle“ ist bei Hobury Park (New Jersey) auf Strand gesetzt worden. Der Sturm auf der See hat sich am Sonntag nachmittag gelegt. Küstenwachtsfahrzeuge suchen immer noch nach etwaigen Ueberlebenden und nach Toten. Am Sonntag abend waren Feuerwehreute immer noch mit dem Löschen beschäftigt. Das Feuer griff erst im Laufe des Sonntags auf die Ladung über. Aus dem hinteren Schornstein steigt dichter Rauch auf. Eine vollständige Liste der Zahl der Geretteten und der Opfer lag am Sonntag abend noch immer nicht vor. Die Ward Linie, der das Fahrzeug gehört, gab am Sonntag abend bekannt, daß 500 Personen an Bord gewesen seien. 389 seien gerettet, nämlich 221 Fahrgäste und 108 Mann der Besatzung. Die Zahl der Toten und Vermissten belaufe sich auf 171. 17 tote Fahrgäste seien geborgen.

Der Blitz?

Das Feuer ist in der Nacht, offenbar durch Blitzschlag in einen mitschiffs befindlichen Decksan, entstanden und hat sich so rasch ausgebreitet, daß es unmöglich war, wirksame Gegenmaßnahmen zu treffen und alle Fahrgäste zu retten. Die Matrosen versuchten dies, soweit es ging, durch Einschlagen der Fenster der Fahrgastkabinen. Nach den Mitteilungen der Geretteten sind mindestens sechs Rettungsboote in aller Eile herabgelassen worden. In Newport (New Jersey) sind in Rettungsbooten der Morro Castle über 100 Personen aelandet. Daneben sind die zur Hilfeleistung ausgesandten Küstenboote noch nicht zurückgekehrt, so daß die Zahl der von ihnen und von den sonst herbeigeleiteten Dampfern Geretteten noch unbekannt ist.

Unter den Fahrgästen befanden sich auch etwa 100 Mitglieder des Newporter Gesangsvereins „Concordia“. Der Kapitän der „Morro Castle“ soll kurz vor dem Blitzschlag einem Herzschlag erliegen sein.

Gerettete der „Morro Castle“

DRB, Newport, 9. Sept. Im Hafen von Newport haben die Dampfer „Monarch of Bermuda“, „City of Havana“ 50 und „Andrea Luckenbach“ 22 Gerettete der „Morro Castle“ eingebracht. Vor dem Verwaltungsgebäude der Schiffsahrtsgesellschaft und an den Landungsquais spielen sich herzerregte Szenen ab. Die Schiffsahrtsgesellschaft erklärt, daß sie vor Abschluß der Untersuchung die Schuldfrage nicht erörtern könne. Gleichzeitig wurde mitgeteilt, daß der Stellvertretende Kapitän Warme noch an Bord des brennenden Dampfers ist.

Ein Gelage!

Newport, 9. Sept. Die Regierung hat angesichts der sonderbaren Umstände, unter denen das Feuer im Passagierdampfer „Morro Castle“ entstand, eine Untersuchung angeordnet, da noch überaus schwerwiegende Fälle geklärt werden müssen. So soll nach den Angaben einiger Matrosen eine Gruppe Passagiere, welche die Kreuzfahrt des Dampfers würdig beschließen wollten, mehr getrunken haben, als sie vertragen konnten. Ein Steward soll ausgelagt haben, daß er persönlich drei Passagiere, die vollkommen betrunken gewesen seien und nicht mehr stehen konnten, in die Kabine

getragen habe. Noch schwerwiegender ist, daß auch einige Offiziere des Schiffes sich an diesen Ausschweifungen beteiligt haben sollen. Mehrere Schiffbrüchige haben ausgesetzt hätten vier Offiziere gesehen, die unfähig gewesen seien, ihren Mannschaften vernünftige Befehle zu geben, als das Schiff in hellen Flammen stand. Es ist selbstverständlich, daß diese Gerüchte — denn vernünftig handelt es sich nur um Gerüchte, die noch nicht bestätigt worden sind — in den diesigen Schiffsahrtkreisen hartes Befremden hervorgerufen haben. Diese Gerüchte sind jedoch mit aller Vorsicht aufzunehmen, schon deshalb, weil die Aussagen zum größten Teil in einem Zustand völliger Erschöpfung der Schiffbrüchigen gemacht worden sind.

Furchtbare Szenen

Newport, 10. September.

Nach einem Funkpruch des britischen Dampfers „Monarch of Bermuda“ hat das Schiff 60 Passagiere des „Morro Castle“ bergen können. Der amerikanische Dampfer „Andrea Luckenbach“ seinerseits konnte 22 Ueberlebende an Bord nehmen. Er ist auf dem Wege nach Brooklan-Newport. Das Küstenschiff „Tampa“ gibt bekannt, daß es ihm gelungen ist, den Teil der Passagiere des „Morro Castle“ zu bergen, der sich auf das Vorderdeck des Dampfers geflüchtet hatte. Einige Mitglieder der Besatzung sind an Bord des Schiffes geblieben, da das Küstenschiff Anstalten trifft, den Dampfer ins Schlepptau zu nehmen.

Ein Flugzeug kreuzte über der Unglücksstätte und warf auf den Strand von Spring Lake eine Vorrichtung ab, in der gelegt wird, daß zwei Rettungsboote die Küste zu erreichen suchen.

Die Besatzung bemühte sich umsonst, des Feuers Herr zu werden, da die Feuerriphen ungenügenden Wasserdruck hatten. Die Ueberlebenden sind fast alles Mitglieder der Besatzung. Das Ehepaar Cohen hat noch lebhaftigstem Schwimmen die Küste erreicht. Mehrere Ueberlebende, die sich an Bruchstücken festzuhalten versuchten, wollten auch schwimmend die Küste erreichen. Rettungsboote sind auf die Suche nach ihnen obgegangen.

Das Flugzeug der Küstenwache, das das Verannabren von zwei Rettungsbooten signalisierte, überflog die Meeresküste beim brennenden „Morro Castle“ ein zweites Mal und meldete, es habe etwa 100 Schiffbrüchige mit Rettungsgürteln auf dem Meer treiben sehen. Unter diesen streben verschiedene nach der Küste, während es sich bei andern nur noch um Leichen zu handeln scheint.

Die Zahl der Opfer

(ag. Havas.) Bis jetzt sind 185 Leichen geborgen worden. Die Zahl der Ueberlebenden beträgt 389, die Zahl der Vermissten 11, die wohl an Bord des Dampfers verbrannt oder im Meer ertrunken sind.

Um 130 Uhr (Greenwicher Zeit) betrug die Zahl der Todesopfer 225.

Noch immer Ungewißheit über die Todesopfer

Vor Beginn der kaastlichen Untersuchung

Newport, 10. Sept. Der Dampfer „Morro Castle“, der immer noch brennt, liegt nunmehr nur noch 80 Meiler vom Strand bei Hobury Park auf Grund. Die oberen Verdecke sind völlig ausgebrannt. Die Bundesbehörde wird am Montag mit der amtlichen Untersuchung der Brandkatastrophe beginnen. Den Offizieren des Dampfers wurde streng verboten, der Presse Mitteilungen über den Brand zu machen. Die Mütter drücken ihre Betrübnung aus, daß zwischen dem Ausbruch des Brandes und der Marinierung der Fahrgäste ausbleibend mindestens eine Stunde verlossen ist. Da das Betreten der unteren Decks am Sonntag immer noch nicht möglich war, herrscht noch durchs aus Ungewißheit über die Zahl der Todesopfer, um so mehr, als viele Tote bisher noch nicht festgestellt werden konnten.

Am Sonntag spät abends gab die Ward Linie folgende Ziffern aus: Ueberlebende Fahrgäste 221, Mannschaften 171, Offiziere 9; Tote 45; Vermisste; Fahrgäste 52, Mannschaften 59.

Zur Klärung

„Die saarländische Sozialdemokratie bestimmt ihre Politik selbst“

Die „Volkstimme“ schreibt unter anderem:

In der Zielsetzung für den Saarkampf besteht zwischen uns und unseren Genossen in der 2. Internationale ein vollkommenes Einverständnis, was schon die oben erwähnte Initiative der 2. Internationale gezeigt hat. Seit ihrem Parteitag ist die saarländische Sozialdemokratie eine politisch und organisatorisch völlig selbständige Partei. Sie bestimmt ihre Politik selbst. Es ist auch, was eigentlich selbstverständlich ist, nie von irgend welcher Bruderpartei ein Versuch unternommen worden, auf die Zielsetzung und auf die Methoden unseres Kampfes einzuwirken. Namentlich hat in der Frage der Einheitsfront unsere Partei von Anfang an eine völlig eindeutige positive Haltung gehabt, die auch von keiner Seite umstritten wurde. Die Behauptung, daß der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie irgend welche Versuche gemacht habe, die Einheitsfront an der Saar zu verhindern, entspricht nicht im geringsten den Tatsachen. Der Proger Parteivorstand hat nie solche Versuche gemacht, wie er überhaupt nie versucht hat, sich in die Saarpolitik einzumischen. Die saarländische Sozialdemokratie bestimmt ihre Politik selbst und steht einmütig und geschlossen zur Einheitsfront, in deren Zeichen sie den großen Abstimmungssieg erringen wird.

Das Verbot des Freiwilligen Arbeitsdienstes

Verordnung der Regierungskommission des Saargebietes

Das Saarbrücken, 9. Sept. Im Amtsblatt der Regierungskommission wird heute die Verordnung der Regierungskommission veröffentlicht, durch die die Einrichtungen des Freiwilligen Arbeitsdienstes im Saargebiet verboten und die Meldepflicht für Einwohner des Saargebietes angeordnet wird, die außerhalb des Saargebietes im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt gewesen sind oder innerhalb oder außerhalb des Saargebietes der SA. oder SS. oder der sogenannten Brigaden angehört haben. Wer einen Einwohner des Saargebietes zu einem außerhalb des Saargebietes abzuwickelnden freiwilligen Arbeitsdienst anwirbt oder den Verkehr des Arbeitsdienstes anführt, wird mit Gefängnis von drei Monaten bis zu einem Jahre bestraft. Ebenso wird der Arbeitgeber bestraft, der von seinen Arbeitern oder Angehörigen den Nachweis der Beschäftigung im freiwilligen Arbeitsdienst verlangt.

Das Amtsblatt veröffentlicht ferner die Verordnung über die Errichtung des Obersten Abstimmungsgerichts und von Kreisgerichten im Saargebiet sowie Verfahrensvorschriften dieser Gerichte. Neben dem Obersten Abstimmungsgericht wird in jedem Kreis ein Kreisgericht errichtet, insgesamt acht.

Eine „freundliche Einladung“

Die Reichsregierung an die Regierungskommission

Berlin, 10. September. Die Presse beschäftigt sich mit einer Verbalnote der Reichsregierung an die Regierungskommission, der damit eine Einladung angeschlossen wird, sich durch persönlichen Besuch in den Arbeitsdienstlagern davon zu überzeugen, daß die einberufenen Saarländer ebenso wenig wie die anderen militärisch ausgebildet würden. Der Hinweis in den Korrespondenzen zwischen dem saarländischen und dem reichsdeutschen Arbeitsdienst, daß die meisten Saarländer jenseits der entmilitarisierten Zone ausgebildet werden sollen, wird harmlos zu erklären versucht. Als wenn jemand, der in Deutschland nach Hannover oder nach Berlin oder nach Nürnberg reist, zu sagen pflegt, er begäbe sich hinter die entmilitarisierte Zone. Wenn in einem amtlichen Schriftstück dieser Ausdruck gebraucht wird, so ist ganz klar, daß es sich um Uebungen handelt, die innerhalb der entmilitarisierten Zone laut dem Friedensvertrag verboten sind.

Die Regierungskommission des Saargebietes wird wohl ablehnen, sich durch einen Besuch in einigen für diesen Zweck vorbereiteten Arbeitsdienstlagern Harmlosigkeiten normieren zu lassen. Inzwischen wird übrigens aus Nürnberg gemeldet, daß dort die saarländische SA. bei dem Vorbeimarsch vor dem Führer mit besonders herzlichem Beifall begrüßt worden sei. Ein Beweis, daß eine saarländische SA. besteht, und daß deutsche Staatsbehörden höchst persönlich die Huldigung einer Truppe entgegennehmen, die von der Regierungskommission des Saargebietes verboten ist.

„Dich Kerl schlagen wir tot!“

Jeden Tag an der Saar . . .

Die „Volkstimme“ berichtet:

Samstagabend gegen 11 Uhr erschienen vor der Wohnung des früheren Reichsmusikleiters der NSDAP, Hillebrand, in Rentrisch einige SA-Leute unter Führung des Leiters der „deutschen Front“ in Rentrisch, Lehrer Barth, und trafen Anstalten, gewaltsam in die Wohnung einzudringen. Zwei der SA-Leute stießen Hillebrand gegen die Drohungen gegen Hillebrand aus, u. a.: „Dich Kerl würde Drohungen gegen Hillebrand aus, u. a.: „Dich Kerl schlagen wir tot, wir schneiden dir den Hals ab!“ Einem der Leute wollte eine Axt holen, um die Haustüre einzuwerfen. Lehrer Barth, der wohlgenannt Führer der „deutschen Front“ in Rentrisch ist, stand dabei und unternahm nichts gegen diese Drohungen seiner Partei- und Gesinnungsgenossen.

Durch den Lärm wurde die Nachbarschaft aufmerksam, auch der Hauswirt erschien, so daß die gewalttätigen Deutschfrontler ihr Vorhaben aufgaben. Inläufigen Deutschfrontler ihr Vorhaben alarmiert worden, zwischen war das Webersalkommando alarmiert worden, so daß die Täter gestellt werden konnten. Es handelt sich um den Lehrer Barth, um Louis Wolf und Erich König aus Rentrisch.

Hillebrand ist, wie wir meldeten, erst vor wenigen Tagen von Deutschfrontlern schwer mißhandelt worden und liegt noch mit gefährlichen Kopfverletzungen da. Das ist wieder einer der Terrorfälle, die die sogenannte „deutsche Front“ abzuwehren versucht, um vor der Völkerverbundskommission rechtfertigen zu können.

Nürnberg



Hitler an seine SA. und SS.:

„Vor wenigen Monaten hat sich über die Bewegung ein schwarzer Schatten erhoben.“

„Die Saar hat alles zu gewinnen . . .“

Ein führender Katholik weist jedoch auf die Verblendung der Bevölkerung hin

Paris, 10. September 1934.

(Von unserem Korrespondenten)

Im Vordergrund des Interesses nicht nur der Völkerverbundverhandlung in Genf, sondern auch der französischen Presse steht augenblicklich das Saarproblem. Kein Tag vergeht, an dem nicht die Blätter aller Richtungen diese oder jene Neuigkeit über das Eisenerz- und Zinkkohlenland bringen, das am 13. Januar 1935 mit seinem Votum vielleicht das Schicksal Europas entscheidet.

„Excelsior“ fragt, welche Wirkung die französische Denkschrift auf die Meinung der Saarbevölkerung haben werde, und was die saarländischen Anhänger des Status quo von der Beratung in Genf erwarten und erhoffen? Michel Goret, der bekannte Berichterstatter des „Excelsior“ hat mit einer katholischen Persönlichkeit,

die von Rom kommend, sich nach dem Saargebiet begeben wollte und im politischen Leben der Weimarer Republik eine große Rolle spielte, eine Unterredung über die Saarfrage gehabt. Diese für den Status quo energisch einsetzende Persönlichkeit meinte, die französische Denkschrift sei ausgesetzt, aber sie verkenne etwas die gegenwärtige Stimmung der Saarländer. Für das Saargebiet sei im Augenblick der Wirtschaftsfaktor nicht von entscheidender Wichtigkeit. Jedermann wisse an der Saar, daß wirtschaftlich bei der Entscheidung für den Status quo oder für eine Vereinigung mit Frankreich alles zu gewinnen sei, während bei einer Rückkehr zum Reich alles — Arbeit, Geld, Abfuhrwege — verlieren würde. Frankreich habe wohlmei-

nend und logisch gehandelt, als es versprochen, an eine unabhängige Saar die Mienen vorzuleihen abzutreten.

Aber, so schloß diese Persönlichkeit ihre Ausführungen, Logik und gelinder Menschenverstand haben in einem Lande ihr Recht verloren, in dem Fanatismus und Verblendung einerseits und Schrecken und Entsetzen andererseits die Oberhand gewonnen haben.

In den Ausführungen, die der französische Außenminister Barthou im Völkerverbund über die Saarfrage gemacht hat, meint das gleiche Blatt, niemand hätte den Saarländern einen besseren Beweis von Treue und Gerechtigkeit geben können, als dies die französische Regierung durch ihre Auffassung des Saarproblems getan habe.

„Figaro“ begrüßt gleichfalls die Ausführungen von Barthou in Genf, die, wie das Blatt sagt, erforderlich waren, weil die französische Denkschrift eine teilweise böswillige Auslegung erfahren habe. Die schon bekannten Methoden der deutschen Propaganda finden naturgemäß auch bei der Saarfrage ihre Anwendung. So teilt der Berichterstatter des „Petit Parisien“ 9. September Nr. 21023 seinem Blatte mit, daß in einem der größten Hotels des Haag, das von bekannten ausländischen Persönlichkeiten bevorzugt wird, alle dort weilenden Reisenden im verschlossenen Briefumschlag mit Namensanschrift ein Schreiben der deutschen Propaganda in englischer Sprache erhalten haben. In diesem Schreiben werde die Saarfrage behandelt. Es enthalte heftige Vorwürfe gegen Frankreich, aber auch der Völkerverbund werde nicht verschont.

Erste Genfer Saardebatte

Barthou scharf gegen Terror: „Nur eine freie Abstimmung gilt“

Ganz unerwartet kam es am Samstag zu einer Saardebatte. Nach dem Bericht des Barons Aloisi, dem Vorsitzenden des Dreierkomitees, nahm der französische Außenminister Barthou das Wort. Er wandte sich energisch gegen den Terror an der Saar und erklärte u. a.:

„Ich stelle fest, daß das Dreierkomitee der Unparteilichkeit, von der es sich seit seiner Konstituierung leiten ließ, treu geblieben ist. Ich werde bei dieser Gelegenheit nur auf ein Wort des Berichtes eingehen: Im Namen des Dreierausschusses stellt Baron Aloisi fest, daß sich in den Monaten Juli und August unter dem Vorsitz von Hobbe die Dinge normal entwickelt haben.

Was die Arbeiten der Abstimmungskommission angeht, so stimmt das. Ich muß jedoch dem Rat ganz ruhig sagen, daß sich ändern und vorankommen diese Zwischenfälle abspielt haben. Ich will sie jedoch nicht verallgemeinern und stelle sie nur fest. Ich bräde nur den Wunsch aus, sie mögen sich nicht erneuern und vor allen Dingen nicht schwerer werden. Barthou betonte sodann, die französische Regierung werde die

Ergebnisse des Völkerverbundes, wie sie auch immer seien, anerkennen. Die französische Regierung wolle lediglich, daß sich die Volksbefragung unter freien und unparteilichen Bedingungen abspiele, und daß diese Voraussetzungen, die der Versailler Vertrag vorsieht und die durch den Völkerverbund in seiner letzten Sitzung präzisiert worden seien, von jedermann respektiert würden. Barthou schloß mit den Worten: „Daß die Bevölkerung frei sei, daß sie unter dem Schutz der Vertragsgarantien und der Entscheidungen des Völkerverbundes sagen kann, was sie will, ohne daß irgendeine Drohung im Augenblick oder für die Zukunft auf ihr lastet, — das ist der Wille des Vertrages, das ist der Wille des Völkerverbundes, das ist der Wille der französischen Regierung. Allein die Saarländer können über ihr Schicksal entscheiden.“

Die Vollmachten des Dreierkomitees wurden vom Rat erweitert. Das Komitee wurde mit der Bearbeitung der durch die französische Saardenkenschrift aufgeworfenen Fragen beauftragt. Die nächste noch im September stattfindende Ratssitzung wird sich endgültig mit der Saarfrage befassen.

Der Kassierer der Gangster Schachts Drohungen und die Wirkung im Ausland

Mit den Prophezeiungen muß man sich jetzt beeilen. Die Entwicklung geht so schnell, daß die Voraussagen sonst von den Tatsachen überholt werden. Vor kurzem hatten wir an dieser Stelle bemerkt, daß die deutsche Unterschrift unter den neuen Zahlungsabkommen von geringem Wert erscheint: Hitler und Schacht hätten weder den Willen noch die Fähigkeit, die Verträge zu halten. Schneller als wir voraussehen konnten, hat sich Schacht beeilt, unsere Auffassung zu bestätigen. In einer Rede auf der Leipziger Messe hat er angekündigt, daß die bisherige Devisenbewirtschaftung eine Aenderung erfahren müsse. Die Reichsbank wird nicht wie bisher den deutschen Importeuren gegenüber gleichmäßig ein, wenn auch noch so geringes, bestimmtes Devisenkontingent zuweisen, sondern die Importeure müssen alle Abschlüsse über die Waren, die sie einführen wollen, der Reichsbank einreichen. Diese bestimmt, ob und in welchem Umfang sie den einzelnen Importeuren die Einfuhrgenehmigung bewilligt und die dafür notwendigen Devisen zuteilt. Diese Devisenzuteilung kann natürlich nur in dem Umfang erfolgen, als die Reichsbank aus dem Export Devisen einnimmt. Auf diese Weise soll das Passivum der Handelsbilanz auf jeden Fall zum Verschwinden gebracht werden.

Die neue Regelung, die allerdings im Wesentlichen nur den Zustand legalisiert, der sich bereits in den beiden letzten Monaten herausgebildet hatte, bedeutet nichts weniger als die

Zwangsbewirtschaftung der gesamten Einfuhr,

ein faktisches Einfuhrmonopol. Es liegt jetzt völlig in der Hand der Reichsbank, zu bestimmen, was und aus welchen Ländern eingeführt werden soll. Die Reichsbank kann z. B. die Einfuhr von Tabak, Kaffee, Südfrüchten usw. beliebig drosseln, um größere Möglichkeiten für die Einfuhr von Rohstoffen für die Kriegsindustrie zu erhalten. Die Zölle oder Einfuhrkontingente, die Spanien, Italien, Brasilien oder andere Staaten gegen Zugeständnisse für die deutsche industrielle Ausfuhr bei dem Abschluß ihrer Handelsverträge erworben haben, verlieren jetzt ihren Sinn. Ebenso sind alle Staaten völlig der Willkür der Reichsbank ausgeliefert, die souverän bestimmt, ob gewisse Waren aus diesem oder jenem Lande eingeführt werden dürfen.

Das ganze Handelsvertragsystem mit Deutschland wird mit einem Schlage ausgehöhlt,

die Willkür greift unkontrollierbar in die ganzen bisherigen Welthandelsbeziehungen ein.

Die Ankündigung Schachts hat überall Beunruhigung und Unwillen erweckt. Daß diese Gefühle nicht sofort noch viel lauter geäußert wurden, erklärt sich aus dem Umstand, daß die wichtigsten Handelspartner sich eben durch neue Zahlungsabkommen gesichert glaubten. Da kam die zweite Rede Schachts vor einer internationalen Agrarkonferenz in Bad Eilsen. In dieser Rede

kündigt Schacht ganz unverhüllt den völligen Staatsbankrott an.

Er erklärt, daß Deutschland nicht mehr zahlen könne; nicht mehr zahlen werde und ein Vollmoratorium für mehrere Jahre fordere. Gleichzeitig müßten die Gläubiger sich dazu entschließen, Zinsen und Kapitalforderungen auf ein Maß zurückzuführen, das nach Ablauf des Moratoriums auf die Dauer getragen werden könne. Dann würde Deutschlands Wirtschaft sich erholen und damit auch eine Belebung des Welthandels eintreten. Deutschland könnte dann auch wieder neue Warenkredite erhalten, die es ihm gestatten, seine normale Kaufkraft auf dem Weltmarkt auszuüben.

Nun muß man sich vergegenwärtigen, daß der brave Schacht diese Ankündigung völliger Zahlungseinstellung in demselben Moment erhebt, in dem die deutsche Regierung nach dem Zahlungsabkommen mit England und der Schweiz neue Verträge mit Schweden und Holland abschließt, in denen sie die Verpflichtung übernimmt, nicht nur die Zinszahlungen für die Dawes- und Young-Anleihe voll zu leisten, sondern auch die privaten Anleihen mit 4,5 Prozent weiter zu verzinsen. Bevor die Unterschrift unter diese Verträge

trocken geworden ist, fordert Schacht die Nichterfüllung; die vollständige Zahlungsunterbrechung. Man sieht, der Schüler übertrifft bereits den Meister. Wenn Hitler einen Vertrag abschließt, so behält er sich den Vertragsbruch stillschweigend vor; Schacht aber proklamiert den Vertragsbruch ganz offen — Deutscher Gentleman oder Gangster!

Noch ein Anderes hat Schacht dem Hitler abgesehen. Wie dieser unaufhörlich seine Friedensliebe beteuert — wenn Friedensreden sie begleiten, dann fließt die Kriegsarbeit munter fort — so spricht Schacht jedesmal, wenn er einen neuen Raubzug plant, von Vertragstredum und kaufmännischer Ehre. Oh, Deutschland erkenne seine Unterschrift unter die privaten Schulden an! Irgendwann wird es sie bestimmt bezahlen. Aber augenblicklich kann das arme Deutschland nicht und also müssen die privaten Gläubiger zunächst mal dran glauben. Deutschland ist ja ganz unverschuldet in diese Notlage gekommen;

schuld ist das böse Ausland,

das nicht genug deutsche Waren kauft, schuld sind die Reparationen. Schacht wärmt den alten Schwindel wieder auf, daß alle deutschen Anleihen und Kredite zu Reparationszahlungen verwandt worden sind, obwohl diese Kredite mindestens dreimal so hoch sind als die Reparationszahlungen waren. In Wirklichkeit haben Hapag und Lloyd die Kredite zum Wiederaufbau der Handelsflotte, die Schwerindustrie zur Wiedererrichtung und Rationalisierung ihrer Werke, Siemens zum Ausbau seines Konzerns und zur Wiederherstellung seiner Exportorganisation benutzt usw. Schacht braucht aber diese Legende, daß die Privatschulden nichts anderes sind als politische Reparationsschulden, um seiner wahren Absicht, die von jeher die Expropriation der ausländischen Privatgläubiger zu Gunsten der Hitlerdiktatur war, ein moralisches Mäntelchen umzuhängen, ohne das ein deutscher Gangster nun einmal nicht vor die Öffentlichkeit tritt.

Und noch ein Drittes hat Schacht von Hitler gelernt. Wie Hitler die fieberhafte Aufrüstung und die vergiftende Kriegshege mit den angeblichen Angriffs- und Vernichtungsabsichten des bösen Auslandes zu motivieren sucht, so will Schacht die Folgen der miserablen und gewissenlosen Finanzwirtschaft der Diktatur auf das Ausland abwälzen. Die Diktatur sucht nach einem neuen Prügelknaben. So lange die Nationalsozialisten in Opposition waren, so lange war es das „marxistische System“, das an allen Uebeln schuld war. Jetzt, wo sie an der Macht und in der Verantwortung sind, wo ihr eigenes System vor dem Bankrott steht, soll es das böse Ausland sein, das an dem rasch fortschreitenden Verfall die Verantwortung trägt. Schuld ist nicht die Diktatur, die Milliarden Notenbankkredite in die Wirtschaft hineinpumpt, eine künstliche Binnenkonjunktur schafft, die öffentlichen Gelder für Kriegsrüstungen verwendet, für Autostraßen, für die Mästung eines riesigen Parteiapparats. Schuld ist nicht die Diktatur, die mit ihrem Antarkiewahn, ihrer demagogischen Agrarpolitik die Handelsbeziehungen zum Ausland fortschreitend vernichtet, sondern schuld ist dieses böse Ausland, das nicht einsehen will, daß es die Kosten für die Rüstungen und die Aufrechterhaltung der Diktatur bezahlen soll. Dem deutschen Volke muß eben der Glaube beigebracht werden, daß nicht die Gewissenlosigkeit, Unwissenheit und Unfähigkeit seiner Machthaber, sondern die „Verschwörung der Feinde“ die Schuld an der wachsenden Verelendung trägt.

Schacht begleitet in seiner bekannten Weise seine Ankündigungen mit allerhand Drohungen. Wenn das Ausland nicht deutsche Ordre pariere, dann, ja dann werde Deutschland immer mehr aus dem Welthandel ausscheiden, werde es sich selbst versorgen und seine bisherigen Rohstofflieferanten könnten sehen, wo sie dann blieben. Wenn Hitler von der deutschen Technik spricht, die schon für Ersatz sorgen werde, so spricht aus ihm seine abgründige Ignoranz.

Schacht schwindelt bewußt; er weiß zu genau, welche neue große Kapitalinvestitionen not-

wendig wären, um auch nur für die im Laboratorium schon gelösten Versuche die nötige Produktion zu schaffen. Er weiß, daß selbst wenn die Kapitalaufbringung möglich wäre, der Ersatz schlechter und teurer wäre und die daraus hergestellten Waren von vorneherein für den Export nicht mehr in Betracht kämen. Aber die Drohung ist auch sonst unsinnig. Im Jahre 1929 betrug die Einfuhr und Ausfuhr je 13,5 Milliarden RM. Weltkrise und Wirtschaftspolitik der Diktatur haben bewirkt, daß im Jahre 1934 der Monatsdurchschnitt der Einfuhr 380,5, der der Ausfuhr 344 Millionen beträgt. Da die restlichen fünf Monate eine Einschränkung auf beiden Seiten bringen werden, so wird die Gesamteinfuhr des Jahres 1934 jedenfalls unter 4,5 Milliarden und die Ausfuhr etwas unter 4 Milliarden bleiben. In dem ungefähren Umfang der Ausfuhr wird Schacht unter allen Umständen die Einfuhr zu erhalten trachten, denn schon das bisherige Maß der Drosselung bedroht Deutschland mit schrumpfender Wirtschaftstätigkeit und erneuter Arbeitslosigkeit. Der Welthandel aber wird lange nicht in demselben Umfange leiden, als die deutsche Nachfrage sich verringert.

Denn was Deutschland an Export verliert, wächst seinen Konkurrenten zu.

Und die Einbuße, die durch die Verelendung des deutschen Marktes herbeigeführt wird, ist heute nicht mehr so bedeutend. Deutsche Drohungen haben ebensoviel an Kurswert eingebüßt wie deutsches Liebeswerben...

Der Rede Schachts in Eilsen antwortete ein Entrüstungssturm im Ausland. Am stärksten ist die Empörung in England, wo bisher Schacht in manchen Kreisen noch einen Rest von Ansehen genoß und Deutschland eine Art von leidiger Sympathie.

Nicht das Ausland, sondern die Finanzwirtschaft der Gangster sind schuld an diesem deutschen Elend, schreiben die „Financial News“,

eines der angesehensten Organe der Londoner City. Und die „Times“ urteilt nicht minder hart. Kaltblütig ist man in Paris. Der „Paris Midi“ nennt Schachts Rede einen „verzweifelten Bluff“, einen letzten Versuch, sich dem inneren Zusammenbruch durch einen äußeren Bankrott zu entziehen. Gleiche Stimmen kommen aus allen anderen Teilen der Welt. Schacht ist es gelungen, auch die letzte Spur von Vertrauen, den letzten Rest von Hilfsbereitschaft endgültig zu zerstören.

Frägt man aber nach dem Zweck des Getöses, so findet man nicht leicht eine Antwort. Daß Schacht den Bankrott will, daß er die Gläubiger zu expropriieren beabsichtigt, ist ja seit langem keine Frage mehr. Schon für den Juli hatte ja die Reichsbank ein zunächst auf sechs Monate befristetes Moratorium verkündet. Es lag ja nicht an Schachts Willen, daß sie es nicht durchführen konnte und sich den meisten Staaten gegenüber zur Fortsetzung der Zinszahlungen verpflichtet mußte. Denn die Anderen hatten die Macht, ihre Interessen zu verteidigen. Sie brauchten ja nur die Zahlungen für die deutsche Ausfuhr in ihren Ländern zu beschlagnahmen und sie für die Bezahlung der Warenschulden und Zinszahlungen zu verwenden. An dieser Situation hat sich nichts geändert und deshalb ist nicht einzusehen, wie Schacht seine Drohung verwirklichen will. Er hat

den Abwehrwillen des Auslandes nur gestärkt,

ohne Deutschlands Situation auch nur im geringsten zu bessern. Hinter den großen Worten verbirgt sich bloß Ohnmacht und Ratlosigkeit, verbirgt sich die Großsprechererei eines aus dem Gleichgewicht geratenen Gehirns. Schacht ist immer weniger nationalökonomisch zu verstehen, er muß immer mehr psychiatrisch erklärt werden.

Deutschland wird zahlen müssen. Die Abwälzung der Kosten der Diktatur auf die Gläubiger wird eine Utopie bleiben und sehr bald werden wir, damit auch nichts an dem Kriegselend fehle, das die Hitler und Schacht über das deutsche Volk heraufgeführt haben, nur noch die eine Parole hören: Durchhalten!

Dr. Richard Kern.

Der neue „Plan“

Es wird angekündigt, daß Dr. Schacht nun die Einzelheiten des neuen Wirtschaftsplanes bekannt geben, den er in seinen Reden von Bad Eilsen und Leipzig skizziert hat. Dieser Plan umfaßt 4 Haupttrichtlinien und zwar:

1. Die Einfuhr nach Deutschland wird nur in dem Maße gestattet, in dem die für ihre Bezahlung nötigen Auslandsdevisen verfügbar sind;
2. Man wird bemüht sein, die einheimischen Rohstoffgrundlagen auszubauen, um Deutschland auf diesem Gebiete unabhängig zu machen;
3. Die deutsche Ausfuhr wird begünstigt werden durch Scrips und durch den Rückkauf von Gutscheinen;
4. Man wird bemüht sein, mit den Ländern, welche die für Deutschland unerlässlichen Rohstoffe produzieren, Kompensationsabkommen für den Austausch dieser Rohmaterialien zu treffen.

Der gleichgeschaltete Tietz

Die „Westdeutsche Kampfhof A.G. Köln“ gibt bekannt:

„Das abgelaufene 29. Geschäftsjahr unserer Gesellschaft schließt — entsprechend den bereits im letztjährigen Geschäftsbericht geäußerten Befürchtungen — trotz erheblicher „außerordentlicher Erträge“ mit einem Verlust von 5.842.253 RM. Dieses sehr schlechte — seit Bestehen der Gesellschaft erstmalig negative — Ergebnis war vornehmlich die Folge eines durch besondere Umstände bedingten außergewöhnlichen Umsatzrückganges, den wir mit so schmerzlicher empfanden, als sich dank der tatkräftigen Maßnahmen der Reichsregierung im ganzen übrigen deut-

schen Wirtschaftsleben während des Jahres 1933 in steigendem Maße eine entschiedene Wendung zum Besseren vollzogen hat. Es gingen die Umsätze unserer gesamten Einzelhandelsbetriebe um 28,4 Prozent, nämlich von 147.000.000 RM. im Jahre 1932/33 auf 105.300.000 im Rechnungsjahr 1933/34, diejenigen unserer Einkaufs- und Fabrikationsbetriebe mit in- und ausländischen Anschlußhäusern und sonstigen Kunden von 28,9 Mill. auf 25,4 Mill. zurück.

Es wird dann weiter betont, daß sich zwar gegen Ende des Berichtsjahres der prozentuale Umsatzrückgang gegenüber dem Durchschnitt des Jahres vermindert habe, aber es dürfe nicht verkannt werden, daß sich nach wie vor ein erheblicher Teil der Kundschaft vom Einkauf in den Betrieben der Gesellschaft fernhalte. Infolgedessen habe man auch für das erste Halbjahr des neuen Geschäftsjahres 1934 höhere Umsätze als in den ersten sechs Monaten des Berichtsjahres nicht erreichen können.

Arbeitslosigkeit

Von unserem Korrespondenten.

Paris, 8. September.

Der Sonderkorrespondent des „Petit-Parisien“ beschäftigt sich an leitender Stelle mit dem Problem der Arbeitslosigkeit, das in Amerika genau wie in anderen Ländern das Problem der Stunde ist. Im März 1933, als Roosevelt zur Regierung kam, habe es 13.639.000 eingetragene Arbeitslose in Amerika gegeben, diese Ziffer sank dann bis zum September 1933 auf 10.108.000 und sie schwankt gegenwärtig zwischen 10 und 11 Millionen. Was aber mache man mit so viel Arbeitslosen, das sei das Problem, das der amerikanischen Regierung ungeheures Kopfzerbrechen verursacht. Nach wie vor stehe sie Geldunterstützungen ablehnend gegenüber, vielmehr er-

halten die Arbeitslosen in den meisten Fällen eine Unterstützung in Naturalien. Die zu diesem Zwecke gegründete Federal Emergency Relief Administration hat nun durch eine ihrer Unterabteilungen, die Federal Surplus Relief Administration, ein sehr interessantes Experiment gemacht. Sie kauft alle die Waren, die in übergroßer Menge vorhanden sind, auf, um sie unter die Armen zu verteilen. So hat die Trockenheit jetzt viele Farmer gezwungen, Vieh zu verkaufen. Die Federal Surplus Relief Administration kauft nun ganze Wagenzüge voll Ochsen und Vieh auf, das geschlachtet und zu Büchsenfleisch verarbeitet wird. Dieses Büchsenfleisch wird dann an die Armen verteilt. Aber diese Sorge für die leibliche Nahrung genügt ja nicht zur Unterstützung, es gilt ja auch noch andere Bedürfnisse zu befriedigen. Und die für diese Zwecke vorhandenen Hilfsfonds sind nicht nur nicht restlos erschöpft, sondern es ist schon bereits eine Anleihe für 1935 aufgenommen.

Aber auch Frankreich hat seine Sorgen mit den Arbeitslosen. Der französische Arbeitsminister Marquet hat an den Ministerpräsidenten Doumergue ein Schreiben gerichtet, in dem er seine Beunruhigung über das Anwachsen der Arbeitslosigkeit in Frankreich ausdrückt. Die Arbeitslosigkeit, so heißt es in diesem Schreiben, sei in Paris und Umgebung seit 1932 um 14 Prozent, in der Provinz um 44,9 Prozent gestiegen. Diese Tatsache rechtfertigt voll und ganz den Plan, der zur Arbeitsbeschaffung entworfen und von der Regierung am 7. Juli angenommen sei. Aber man müsse seine Durchsetzung beschleunigen, um zum Winter schon Arbeitsgelegenheit zu schaffen.

„Paris-Soir“ teilt zu dem Briefe von Marquet noch mit, daß bereits im Einverständnis mit dem Finanzminister Martin die vorbereitende technische Kommission zur Durchführung des Marquetplanes auf den 10. September und die große nationale Kommission auf den 13. September einberufen seien.

Im Haus der Freudlosen

Gefängniserlebnisse von Felix Fechenbach

Die Tage im Gefängnis werden mir lang. Aber die Nächte sind fast endlos. Man sollte die Zeit im Gefängnis nicht nach Tagen, man müßte sie nach Nächten zählen.

Diese qualvollen Nächte ohne Schlaf kennt außer dem Gefangenen nur noch der Kranke.

Um acht Uhr löst das Licht aus. Vier Stunden kann ich schlafen. Dann dehnt sich die Nacht in langen Stunden, und jede Stunde schiebt ihre sechzig Minuten in qualender Trägheit. Erst um sechs Uhr früh gibt's wieder Licht.

In die Schlaflosigkeit hinein erinnert mich das Eisengitter am Zellenfenster, wo ich bin. Immerwährend hab ich die Gitter vor Augen. Auch des Nachts, wenn ich noch nicht oder schon nicht mehr schlafe.

Meine Eisenbettstelle ist tagsüber an die Wand hinaufgeklappt. Nachts steht sie mit dem Fußende gegen die Tür, so daß ich das Fenster nicht sehe, wenn ich im Bett liege. Aber im Garten vor dem Zellenbau brennt eine elektrische Laterne, und ein türkisches physikalisches Gesetz will, daß sie ihr Licht durch das vergitterte Fenster und damit den Schatten des Fenstergitters scharf umrissen auf die gegenüberliegende Zellenwand wirft.

So kann ich dem Gitter nicht ausweichen. Ich muß seinen Schatten sehen, sobald ich nur die Augen öffne.

Einmal, — in der Zelle war's schon dunkel — machte ich mit ausgespreizter Hand eine zufällige Bewegung nach oben. Sofort erscheint an der Wand im Schattenbild des Gitters der scharf gezeichnete Schatten meiner Hand. Das Ganze sieht aus, als strecke sich eine Hand voll Sehnsucht durchs Gitter ins Freie. Unwillkürlich ballen sich meine Finger zur Faust und das Bild an der Wand wird zu drohender Anklage.

Närrisches Schattenspiel. Und doch, wieviel Wahrheit liegt in diesem Spiel!

Ist die Nacht sternhell, dann stehe ich oft auf meinem Schemel vorn beim Fenster und schaue die Majestät des nächtlichen Himmels.

Drüben, jenseits des Gartens, liegt das Hauptgebäude, das ehemalige Kloster. Daneben ragt die alte Basilika. Eine wuchtige Silhouette.

Wenn ich am Fenster stehe, muß ich mich vorsehen, daß der Nachtwächter mich nicht erwischt. Er schleicht zuweilen an den Zellentüren entlang und schaut durch die Gucklöcher. Werde ich gesehen und gemeldet, gibt's eine Hausstrafe.

Ist Vollmond, dann fällt das bleiche Mondlicht in meine Zelle auf die Nordwand. Ich beobachte das Weiterrücken des Lichtstreifens und zähle daran die Stunden. Ist das Licht hinten in der Ecke angelangt, wo die Opferschale steht, dann ist's fünf Uhr morgens.

In einer solchen Mondnacht hatte ich einmal Besuch in der Zelle. Eine Maus war unten beim Heizrohr hereingeschlüpf't. Von meinen Papierdüten war eine auf den Boden gefallen. Darin raschelte die Maus herum, bis ich eine unbedachte Bewegung machte. Da huschte das geängstete Tierchen erschrocken davon.

Am nächsten Abend legte ich ein paar kleine Reste vom Abendbrot mit einem Stückchen Papier auf den Boden. Stundenlang wartete ich und lauschte angestrengt, ob meine nächtliche Besucherin sich nicht einstellen wolle. Um ein Uhr kam sie. Dem kleinen Mahl, das ich ihr bereitet, tat sie alle

Ehre an. Noch ein paar Nächte konnte ich mich an dem kleinen Tierchen freuen. Dann wurden eines Tages die Zellen ausgebessert und das Loch unten beim Heizrohr mit Gips verschlossen. Die Nächte waren jetzt wieder einsam, wie vorher.

Die Nacht läßt alle Geräusche deutlicher hören, als es der Lärm des Tages gestattet. Jede Viertelstunde höre ich die Turmuhr schlagen. Im Zellenbau folgt dann der allbrige Schlag der großen Standuhr.

Wenn der Nachtwächter seinen Rundgang macht, höre ich jeden Schritt am Gebäude entlang. Zuweilen dringt ein Geräusch herauf, das unten zwei Beamte führen. Und drüben vom Dorfkrug schallt bis zwölf Uhr frohes, ausgelassenes Gelächter herüber, manchmal auch Gesang.

Nach seinem Rundgang kommt der Nachtwächter wieder in den Zellenbau. Ich höre jede seiner Bewegungen. Wenn er sich auf den Schemel setzt, wenn er die Pfeife anzündet, ja, wenn er beim Lesen ein Blatt des Buches umwendet, höre ich's. Das laute Schnarchen seines auf den Mann dressierten Hundes dringt vernehmlich in meine Zelle.

Im Garten vorm Zellenbau ist ein Bassin. Karpfen sind drin. Ich höre sie, wenn sie sich im Wasser emporschwellen. Manchmal tut einer einen zu kühnen Sprung und fällt nicht ins Wasser zurück. Dann liegt er oft die ganze Nacht neben dem Bassin und schlägt mit dem Schwanz in eine Pfütze. Das klatschende Geräusch davon konnte ich mir lange nicht erklären, bis ich eines Morgens einen Karpfen neben dem Bassin liegen sah.

Oft hatte ich nachts in halbwachem Zustande traumhafte Vorstellungen. Am häufigsten kehrte das drückende Gefühl wieder, als würden Mauern und Decke der Zelle auf mich eindringen, mich zu zermalmen. Und ich war an meinem Platz gehalten, konnte mich nicht bewegen.

Einmal sah ich mich auf einer Wiese inmitten einer Baumgruppe.

Von fern kommt ein riesenhafter, ungeschlichter Mensch auf mich zu. Er ist nackt. Er kommt näher und ich sehe seinen brutalen Gliederbau, seine schnigen Arme, seine krallenden Hände, die aussehen, als sollten Menschen damit erdrückt werden.

Auf den Schultern trägt er ein zusammengerolltes Stacheldrahtnetz. Das befestigt er an einem Baum und ehe ich mich umschaue, hat er das Drahtnetz um die ganze Baumgruppe herumgeschlungen und mich mit eingeschlossen. Ueber mir wächst der Stacheldraht zusammen.

Ich frage den cyklopenhaften Riesen entsetzt, was er will.

Er antwortet nicht.

Ich frage, wer er sei.

Da grinst er zynisch:

„Kennst du mich nicht? Ich bin die deutsche Justiz.“

Jetzt sehe ich auf seinem klobigen Kopf eine hohe Krone aus lauter aneinandergereihten Paragrafenzeichen zusammengesetzt.

Das Bild verschwindet und ich wälze mich wieder unruhig auf meinem Lager. Die Minuten wollen sich nicht zu Stunden formen, und ich habe noch so viele schlaflose Nächte vor mir.

Wie viele?

Die Philosophen in Prag

Die Wahrheit in Deutschland ist „illegal“

Zu den Debatten aus dem Internationalen Philosophen-Kongreß in Prag schreibt uns noch Dr. Otto Friedländer:

Es ist wohl kein Zufall, daß ein Berliner Dozent namens Feldkeller in einem Vortrage mit dem hübschen Titel: „Geophilosophie und Historiologie“ wörtlich behauptete: „Der Staatsmann duldet keine Quertreibereien. Politik kann niemals tolerant sein. In der Zukunft wird sich daher in der Öffentlichkeit nur noch politische Tendenzenphilosophie halten können.“ Warum nur in der Öffentlichkeit? Deswegen, weil es auch noch eine Philosophie als Geheimwissenschaft gibt. Denn Feldkeller sagt: „Wer durchaus die Wahrheit ehren will, der tue es in kleinem Kreis und gebe acht, daß dieser Kreis dicht hält.“

Mit anderen Worten, Herr Feldkeller hat die phänomenale Geschicklichkeit besessen, ehrlich anzusprechen, was außerhalb der schwarzweißbroten Grenzpfähle jedermann sowieso weiß, daß nämlich die Wahrheit in Deutschland nur illegal lebt.

Dabei gelang es doch nicht ganz ihre Stimme zu unterdrücken. Der hochbetagte Senior der deutschen Soziologie Ferdinand Tönnies, richtete ein Schreiben an den Kongreß, das als ein hohes Buch der Sünde wie dieser: „Die politische Entwicklung mehrerer großer Staaten bewegt sich deutlich in der Richtung auf den Sozialismus, auch wenn diese Bewegung nur zum Schein und zum Vorwande gebraucht wird.“ . . . Oder: „Im politischen Gebiete ist es offenbar und durch Erfahrung bewährt, daß tiefgewurzelte Einrichtungen nicht beliebig aufgehoben werden können und daß daher eine absolute Verneinung des Liberalismus, seiner Postulate und seines Geistes, die durch Jahrhunderte sich allmählich befestigt und vertieft haben, sinnlos ist; es hieße das hochkomplizierte Gebilde des modernen Staates vernichten wollen, wenn auch seine wesentlichen Institutionen für eine gewisse Zeit durch so etwas, wie cäsarische Alleinherrschaft ersetzt werden mögen — niemals für erhebliche Dauer!“

Der alte Ruf der deutschen Wissenschaft blieb gewahrt durch Vertreter jener als neopositivistisch anzusprechenden Richtung der Logisten, die von dem jetzt in Prag wirkenden

Professor Carnap, von Otto Curath und von Reichenbachs Darlegungen über den relativen Wahrheitsgehalt naturwissenschaftlicher Kausalitätsgesetze waren nicht nur ein wissenschaftlicher Höhepunkt der Tagung, sondern auch ein indirekter Protest gegen eine Philosophie, deren Hauptmerkmale Irrationalismus und Intoleranz, also die wesentlichen Eigenschaften der Glaubenscafeter, nicht der Wahrheitssucher sind. Allerdings ist das Schicksal dieses jungen Gelehrten selbst ein Beweis für die wissenschaftliche Intoleranz des „dritten Reiches“, denn das Katheder Hans Reichenbachs steht nicht mehr in der Berliner Universität, sondern in — Stambul

Der Vielbeschäftigte

Ein Inserat in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“:

„Assistenzarzt für die chirurgische Abteilung (120 Betten) des städtischen Krankenhauses Kaiserslautern gesucht. . . Ang. über die Zugehörigkeit zur NSDAP., SA., SS., NS.-Arztverband erwünscht.“

Kaiserslautern . . . Das Bürgermeisteramt.“

Der gesuchte Herr hat viel zu tun, ehe er sich nebenberuflich seinem eigentlichen Beruf widmen kann!

„Wie geht es Ihnen?“
„Wollen Sie die Wahrheit wissen?“
„Natürlich!“
„Sie Lockspitzel! Mich erschießt man nicht so leicht auf der Flucht!“

Nepp in Nürnberg

„Donnerstag, 6. September, 10 Uhr vormittags, Appell des NS.-Arbeitsdienstes auf der Zeppelinwiese. Stehplatz 30 Pfennig, Sitzplatz 1 Mark, 2 Mark, 3 Mark.“

„Donnerstag, den 6. September, 13.30 Uhr nachmittags, Vorbeimarsch des NS.-Arbeitsdienstes am Adolf-Hitler-Play. Stehplatz 1 Mark, Sitzplatz 5 Mark.“

Vorbeimarsch des Fackelzuges am Bahnhof. Stehtribüne 3.— Mark.“

Nordische „Galizianer“ an der Arbeit!

Schacht

(Ein deutsches Porträt)

Zwei funkelnde Auglein, ein kletternder Schlips.
Von Scheitel bis Sohle nichts Weiches.
Das lebende Hauptbuch für Sperrmark und Scrips,
Der ragende Mark-Stein des Reiches.

Der Mund lispelt Schwäche, der Kneifer blint Kraft.
Oft wechselt. Mal schriftlich, mal mündlich.
Der Hjalmar-Mephisto der Geldwissenschaft
Bleibt gründlich-unergründlich.

Die Nase ist spitz und der Hals autonom,
Und das Bärtchen sagt trozig: Na eben!
Und der Mund ohne Lippen erfand das Axiom:
„Wer gab, der hat noch zu geben!“

Heckenroth

So lang' man nüchtern ist . . .

Fridericus, Bismarck und Goethe auf der Kitschliste . . .

In der jetzt wieder veröffentlichten Liste von Gegenständen, die für unzulässig im Sinne des Gesetzes zum Schutz der nationalen Symbole erklärt wurden, finden sich: A n s t e c k - n a d e l n der Deutschen Christen, die mit einem Hakenkreuz versehen sind; Feinseife mit aufgeprägtem Hakenkreuz und den Worten „Heil Hitler“ oder „Deutschland erwache“; Zigaretten unter der Marke „Sanssouci“, auf denen die Silhouette Friedrichs des Großen abgebildet ist; Hausschuhe und Pantoffeln, in deren Oberteil aus Blaus ein Hakenkreuz eingewebt ist; die Zeitschrift „Das Präussische Blatt“, die auf dem Titelblatt die Hakenkreuzfahne zeigt.

Außerdem wurden folgende von einer großen Brauerei ausgegebene Postkarten verboten: Postkarten mit dem Bilde Friedrichs des Großen und der Aufschrift: „Was wollen denn die Leute? — Ich bin in meiner Jugendzeit mit Biersuppe auferzogen. Ihre Väter kannten nur das Bier, und das ist das Getränk, das für unser Klima paßt.“ Postkarten mit dem Bilde Bismarcks und der Aufschrift: „Ich wurde von den Leuten behandelt wie ein neuses Nilpferd für den Zoologischen, wofür ich Trost in sehr gutem Biere suchte“, und Postkarten mit dem Bilde Goethes und der Aufschrift: „So lang' man nüchtern ist, Gefällt das Schlechte; Wie man getrunken hat, Weiß man das Rechte; Nur ist das Uebermaß Auch gl-ich zu Handen; Hafis, o lehre mich, Wie du's verstanden! Denn meine Meinung ist Nicht übertrieben: Wenn man nicht trinken kann, Soll man nicht trinken, Doch sollt ihr Trinker euch Nicht besser dünken. Wenn man nicht lieben kann, Soll man nicht trinken. Trunken müssen wir alle sein! Jugend ist Trunkenheit ohne Wein; Trinkt sich das Alter wieder zu Jugend, So ist es wunder-volle Tugend.“

Warum denn in die Ferne und in die Geschichte schweifen? Es gibt keine bessere, keine aktuellere Bierreklame als ein Porträt des „Führers der Deutschen Arbeitsfront“, des Herrn Dr. Robert Ley.

Dolly Haas verdächtig?

Das „Deutsche Künstlertheater“ Berlin hat mit Dolly Haas in der Titelrolle Nicodemus „Scampolo“ aufgeführt. Der „Angriff“ beschließt seine nicht eben freundliche Kritik mit dem Hinweis:

„Uebrigens man sage nichts gegen die Großzügigkeit im nationalsozialistischen Staat, denn wenn wir nicht irren, ist weder Dolly Haas noch Karl Stepanek der Nachweis arischer Abstammung gelungen; trotzdem läßt man sie ungehindert spielen.“

Goebbels' Leibblatt dürfte mit dieser harmlos klingenden Bemerkung sowohl dem Künstlertheater als auch dem deutschen Film einen Bärendienst erwiesen haben. Man läßt nämlich nichtarische Künstler, die „gute Kassen machen“, mit Freuden solange auftreten, als über ihre verdächtige Großmutter nichts bekannt wird. Sobald eine Denunziation — wie die eben zitierte im „Angriff“ — auf den dunklen Punkt hinweist, sind die Künstler gewöhnlich nicht mehr „tragbar“. Man darf gespannt sein, wie lange Dolly Haas und Stepanek deutschen Theatern noch Geld einbringen dürfen.

Zeit-Notizen

„Amt für Technik“

Bei der obersten Leitung der PO. ist ein Amt für Technik errichtet worden. „Das Amt für Technik ist eine Parteieinrichtung, die die deutsche Technik in ihren sachlichen Aufgaben und Erfordernissen zu betreuen hat. Ihr erster Vorsitzender ist Staatssekretär Feder, als Amtsleiter bei der Reichsleitung München wirkt Pg. Seebauer, während die verschiedenen Gauamtsleiter zunächst einmal die ihnen zugeordneten Fälle zu berücksichtigen haben. . . .“ Dem Amt für Technik ist der „NS.-Bund deutscher Technik als Betreuer persönlicher Menschenführung“ unterstellt. Das Amt soll eine Reichskammer deutscher Technik vorbereiten.

Bibliophilie — braun

Alle bibliophilen Gesellschaften wurden in die Reichsschrifttumskammer als besondere Fachschaft eingegliedert. Präsident der Weimarer Gesellschaft wurde Böttcher Freiherr von Münchhausen. Er schrieb auch bereits sein Programm nieder, worin es heißt, daß im Land der Bücherverbrennungen — er nennt es das „Land der Buchliebhaberei“ — „die Fahne einer neuen Sittlichkeit an den Flaggstock genagelt werden soll“.

Man verdirbt einen Jüngling am sichersten, wenn man ihn anleitet, den Gleichdenkenden höher zu achten als den Andersdenkenden.

Wie ich Hauptmann von Köpenick wurde

Von Wilhelm Voigt

Es war im Herbst 1906. Da ging ein brausendes Gelächter durch ganz Deutschland und setzte sich fort in der ganzen Welt. Der Schuster und Zuchthäusler Wilhelm Voigt hatte in einer geliehenen Hauptmannsuniform einige Soldaten auf der Straße „requiriert“ und war mit ihnen von das Rathaus in Köpenick gezogen, wo er den Bürgermeister Dr. Langerhans gefangen nahm, unter militärischer Bedeckung nach Berlin bringen ließ und, durch nichts anderes legitimiert als durch seine schlechtsitzende und unvorschriftsmäßige Uniform, einen Teil der Rathauskasse an sich nahm. Einige Tage später wurde er verhaftet. In der späteren Gerichtsverhandlung, in der Wilhelm Voigt zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt wurde, entrollte sich das Schicksal eines gehetzten Straftatlassenen, der dem grotesken Geniestreich von Köpenick einigen Schimmer von menschlicher Tragik gab und alle Welt mit Wilhelm Voigt versöhnte. Die Kosten hatte der militärische Kadavergehorsam altpreußischen Geprägs zu tragen. Seitdem spricht man von „Köpenickiaden“. Carl Zuchmayer schrieb sein Drama „Der Hauptmann von Köpenick, ein deutsches Märchen“. Auch der Film nahm sich des unsterblich gewordenen Themas erfolgreich an.

Nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus zog Wilhelm Voigt nach Luxemburg, wo er einen friedlichen Lebensabend verbrachte. Noch zu seinen Lebzeiten erschienen seine „Memoiren“. Es war ein ungeheurer Bucherfolg. Wir drucken die entscheidenden Kapitel ab, die ein vortreffliches Bild des Menschen, seiner Motive und seiner Zeit ergeben. Ein deutsches Märchen, vor 28 Jahren... Aktuell vor allem durch die Entblößung des übersteigerten, der Auflösung entgegenreifenden Militarismus, der heute wieder die Sehnsucht von Millionen Deutscher geworden ist.

Ich hatte mir vorgenommen, gar nicht erst eine Anstellung in einem Betriebe innerhalb des Deutschen Reiches zu suchen, sondern vielmehr direkt entweder nach Oesterreich-Ungarn oder Rußland zurückzukehren.

Um diesen Plan ausführen zu können, bedurfte ich eines Passes.

Nach den mir bekannt gewordenen Bestimmungen hätte mir das Landratsamt Rawitsch einen Paß verabfolgen müssen.

Auf meine Eingabe dahin wurde ich ablehnend beschieden, ohne Angabe der Gründe.

Der Paß wurde mir verweigert!

Ich wandte mich nun weiter rückwärts an meinen letzten Aufenthaltsort in Posen. Auch das Polizeipräsidium in Posen verweigerte mir den Paß ohne Angabe eines Grundes.

Hierauf wandte ich mich an meinen Geburtsort in Tilsit. Und hier, ebenfalls ohne einen Grund anzugeben,

verweigerte man mir den Paß zum dritten Male!

Ich suchte bei der Strafanstaltsdirektion um Auskunft darüber nach, warum mir denn der Paß verweigert würde, und die Direktion erklärte mir, sie könne sich den Grund auch nicht erklären.

Kurz vor der Entlassung suchte ich nun um die Fürsorge für „entlassene“ Gefangene nach. Auch sie wurde mir abgelehnt!

Schließlich wandte ich mich an den Geistlichen der Anstalt, und durch diesen erhielt ich eine Stellung als Maschinenmeister im Betriebe des Hofschuhmachers Hillbrecht in Mecklenburg.

Hierzu muß ich bemerken, daß vor der Entlassung ein behördlicher Briefaustausch zwischen dem Orte, an welchem der Gefangene eintrifft, und der Abgangsanstalt stattfindet.

Die Behörde in Wismar hatte also immer Zeit, wenn sie irgendwelchen Anstoß an meinem Zuzug in ihren Ort nahm, sich mit der Anstaltsdirektion in Verbindung zu setzen resp. den Zuzug abzulehnen. Nichts von alledem geschah.

Ich wurde mit den notwendigen Papieren für Wismar versehen und aus der Anstalt entlassen.

Am Morgen der Entlassung übergab mir der Hausvater der Anstalt die näheren auf meinen Prozeß bezüglichen Briefe und Entscheidungen, die mir so schweren jahrelangen Kummer und Sorgen bereitet hatten.

Ich stand vor der Entscheidung, ob ich den alten Streit begraben oder unverwundet in die Freiheit zurückkehren wollte.

Das erstere zog ich vor!

Mit einem Schritt trat ich zum lodernen Ofen. Ein Wurf versenkte das Aktenbündel in die Flammen. Fünf Minuten später öffneten sich mir die Tore zur Freiheit.

Wohl kaum ist jemals ein Mensch mit festerem Entschluß, sich den Forderungen der Gesellschaft in allen Dingen anzubehalten, der Freiheit entgegengegangen!

Ich traf am 13. Februar 1906 in Wismar ein, betrat mit einem gewissen Zagen den Laden und die Geschäftsräume meines zukünftigen Brotherrn.

In anheimelnder Weise wurde ich aufgenommen, zunächst mit Speise und Trank erquickt, mir ein eigenes Zimmer angewiesen und gleich die Mitteilung gemacht, daß ich mich vollständig als zur Familie gehörend betrachten sollte.

Nach einer guten Stunde besorgte ich die notwendige Anmeldungen auf dem Polizei- und Gewerbeamt. Dabei wurde mir noch besonders erklärt, daß ich von seiten Wismars keine Belästigung durch die Polizeibehörden erfahren sollte. So wurde mir wirklich leicht ums Herz.

Als ich nach Hause gekommen und mich umgekleidet, wurde ich durch meinen nunmehrigen Chef in die Geschäfts- und Fabrikräume geführt und dem Personal als Maschinenmeister vorgestellt.

Meiner wartete viel Arbeit, denn der Maschinenbetrieb stand dort noch in den Anfängen, und der Herr Hillbrecht machte bald die Erfahrung, daß er in mir eine zuverlässige Kraft gefunden hatte.

Noch an demselben Abend besprachen wir im engen Familienkreise das weitere Geschäftliche, das zu beiderseitiger Zufriedenheit von uns in einem gesunden Abkomme-

festgelegt wurde. Somit war ich in den Arbeits- und Familienkreis aufgenommen.

Besonders gut verstand ich mich schon nach kurzer Zeit mit dem ältesten Sohn meines Brotherrn, der seinen Vater in jeder Beziehung vertrat. Er hatte auch schon sein Brot in der Fremde gesucht, war, was Fabrikation und Betrieb anbetrifft, sehr gut ausgebildet und erfreute sich in seinem Heimatsorte eines vorzüglichen Rufes.

Seinem Vater gegenüber hatte er einen sehr schweren Stand. Dieser war, was man einen Selfmademan nennt, und wenig geneigt, die modernen Umänderungen in seinem Betriebe vorzunehmen, wie sie ein flotter amerikanischer Betrieb notwendig macht. Er wollte meist am unrechten Orte sparen. Wenn durch seine Hartköpfigkeit etwas vorbeigelaug, so schob er stets die Verantwortung dafür auf die Schultern seines Sohnes.

Ich konnte dem Vater nun aus Gründen der Wahrhaftigkeit und Nützlichkeits durchaus nicht immer recht geben, sondern mußte mich oft auf die Seite seines Sohnes stellen. Und es ist gewiß ein gutes Zeugnis für alle Beteiligten, daß diese sachlichen Auseinandersetzungen niemals zu persönlichen Mißlichkeiten führten.

Wir legten gewissermaßen, wenn wir abends die Geschäftsräume verließen, alles, was zum Geschäft gehörte, ab, und es entspann sich dann ein schönes, heiteres Familien- und Gesellschaftsleben, wie es in den besseren mecklenburgischen Familien so sehr geschätzt wird.

An mich trat bald auch, wie überall, die Kommunalbehörde mit ihren Steuerforderungen heran. Zunächst die Stadt mit ihrer Stadtkommunalabgabe, dann auch der Staat mit seiner Staatskontribution. Ich habe die Forderungen stets in ordnungsmäßiger Weise berichtet, die Staatssteuer sogar bis einschließlich 30. September 1906.

Die Polizeibehörde hat indessen ihr Versprechen, das sie mir gegeben, nicht gehalten, sondern ist durch ihre unnötigen Nachfragen bei meinem Chef sehr lästig geworden.

Nur das gute Verhältnis, in dem ich zu der Familie und den übrigen Bewohnern Wismars stand, hatte es verhindert, daß nicht rein aus diesen Nachfragen eine Störung meines Aufenthaltes in Wismar stattfand.

Während meines Aufenthaltes habe ich auch an meine Schwester nach Köln geschrieben. Ihr Geburtstag fiel gerade in diese Tage, und obwohl sie von Köln verzogen war, hat mein Brief sie doch erreicht.

In ihrem Antwortschreiben bewegten Inhalts teilte sie mir in gedrängter Kürze mit, wie es ihr in der Zeit, wo wir uns nicht mehr gesehen und geschrieben hatten, ergangen war. Ein weicher, warmer Ton durchwehte ihren Brief. Die alte, dreißig Jahre schlummernde Geschwisterliebe war doch wieder zum Durchbruch gekommen, und der Brief hat mir damals sehr wohl getan.

Auch jetzt bin ich meiner Schwester nicht durch Darlegung meiner Leiden lästig gefallen. Ich wünschte durchaus nicht, sie in den Augen ihres Mannes und ihrer Kinder durch den Inhalt meiner Briefe und durch die daraus sich ergebenden Schlüsse herabzusetzen.

Mir war genug, daß ich noch eine Schwester hatte und daß sie an mich dachte.

Wohl hoffte ich im stillen auf eine Unterstützung durch meine Cousine, die unverheiratet geblieben und, wie ich glaubte, in Besiz eines beträchtlichen Vermögens war. Aber ich scheute mich, sie um etwas anzugehen.

Ich glaubte mich ja in Wismar geborgen. Und da meine Bedürfnisse verhältnismäßig gering sind, lag bei mir auch eigentlich keine Veranlassung vor, irgendwelche Hilfe zu erbitten.

Da kam, allen unerwartet, plötzlich mein Ausweisungsbefehl aus Wismar!

Meine Aufführung in Wismar war, wie ja auch später von behördlicher Seite bekundet wurde, durchaus einwandfrei. Dessenungeachtet erfolgte meine Ausweisung aus Wismar und den mecklenburgischen Staaten.

Verkündet wurde mir dieselbe nicht durch den Polizeisekretär, sondern durch einen uniformierten Beamten ohne Angabe des Grundes.

Kein Erbarmen!

Hier beginnt eigentlich schon der Tag von Köpenick! Der mecklenburgische Staat hat von mir die Staatssteuer für die Zeit bis zum 30. September 1906 erhoben. Ich glaube deshalb den Schutz und die Nugnießung seiner Einrichtungen für diese Zeit auch für mich in Anspruch nehmen zu dürfen.

Deshalb fühlte ich mich durch die Ausweisung schwer verletzt.

Vorläufig aber wollte ich noch einmal versuchen, ob nicht für mich an einem anderen Orte sich ein neuer Wirkungskreis erschließen würde.

Da machte ich denn zunächst eine Reise nach Prag. Von meinen alten Freunden fand ich niemand mehr vor, aber der Betrieb, in dem ich seinerzeit gearbeitet hatte, existierte noch, und die Verhandlung, die ich wegen Wiedereinstellung anknüpfte, führte anscheinend zu einem guten Resultate — wenn nur das eine nicht gewesen wäre, daß ich mich unmöglich in Prag anmelden konnte.

Ich fuhr zunächst nach Breslau, von dort nach Berlin, aber auch hier ohne Erfolg. Als ich wieder von Berlin nach Hause, d. h. nach Tilsit fahren wollte, fiel mir eig. mich doch einmal nach dem Verbleib meiner älteren Schwester zu erkundigen. Ich begab mich also auf das Einwohnermeldeamt. Dort wurde mir die erfreuliche Mitteilung, daß meine Schwester in Rixdorf wohne und an einen Buchbinder verheiratet sei.

Ich flog mehr als ich ging die Treppen hinunter und eilte, so schnell ich konnte, nach Rixdorf hinaus.

Hier fand ich nach fünfundzwanzig Jahren meine Schwester wieder! Natürlich hatten wir uns viel zu erzählen! Ich vermied es jedoch, sie über die wunden Punkte in meinem Leben aufzuklären. Wozu auch?! Sie hatte ihr bescheidenes Auskommen, konnte mir aber gewiß nicht helfend beibringen. Nachdem ich einige Tage bei ihr gewohnt, besuchte ich meine Heimat. Mit Mühe erfragte ich den Aufenthalt meiner Stiefmutter. Es war ja jetzt 17 Jahre her, daß wir nichts mehr voneinander gesehen und gehört hatten. Hier fand ich Tränen. Mein Vater war vor 10 Jahren und mein Stiefbruder vor 17 Jahren, kurz nach meinem Besuche, gestorben. Notdürftig schleppte sich die Frau durchs Leben, von dem früheren Wohlstande unserer Familie war nichts geblieben als die Erinnerung.

Bei einem Besuche meiner Verwandten wurde mir mitgeteilt, daß auch die Polizeibehörde in Tilsit sich's hatte angelegen sein lassen, kurz vor meiner Entlassung aus der Anstalt Rawitsch mein Bestreben, mir einen Paß zu verschaffen, unter die Leute zu bringen.

Da so auch auf Arbeit in Tilsit nicht zu rechnen war, beschloß ich zunächst, noch einmal Potsdam aufzusuchen. Und weil ich mein Geld nicht ganz aufbrauchen wollte, entschloß ich mich zu der verhältnismäßig niedrigsten und schwersten Arbeit: ich habe damals in Potsdam Kohlen abgetragen.

Ich glaube, auch dadurch habe ich bewiesen, daß ich keineswegs zu den arbeitsscheuen Leuten gehöre. Leider waren meine körperlichen Kräfte den Anstrengungen nicht gewachsen. Mein Rücken war vollständig wund gedrückt, eine rohe, blutige Masse, so daß mir meine Kleidungsstücke darauf klebenblieben. Ich mußte die Beschäftigung einstellen. An einem Sonnabendabend fuhr ich wieder zurück nach Berlin, und es glückte mir gleich am Sonntagmorgen, in einer Schuhfabrik in der Nähe des Schlesienschen Bahnhofs als Maschinist Stellung zu finden.

Nun hatte ich zwar Arbeit, aber wie sollte es mit der Anmeldung werden? Ich wohnte zunächst in der Nähe meines Arbeitsplatzes in der Herberge zur Heimat. Aber das ließ sich auf die Dauer nicht durchführen. Erstens mußte ich früher aufstehen, um rechtzeitig auf meinen Arbeitsplatz zu kommen, und dann würde es aufgefallen sein, wenn ich bei meinem Einkommen in der Herberge wohnengeblieben wäre.

Da ich nun wußte, daß Berlin in der Aufnahme von „Entlassenen“ sehr vorsichtig ist, so wollte ich sehen, ob ich nicht von Rixdorf aus, indem ich dort Wohnung nahm, rechtzeitig in Berlin zur Arbeitsstätte eintreffen konnte.

Ich fuhr also zu meiner Schwester, um mit ihr Rücksprache darüber zu nehmen. Das Ergebnis war, daß sie mich aufforderte, zu ihr hinauszuziehen. Dieses Anerbieten war mir natürlich sehr angenehm, hatte ich doch in meinen Mußstunden einen richtigen Anschluß, und Schwesterhände sorgen auch in anderer Beziehung besser als fremde. Zudem hatte sie auch keine Kinder bei sich, ihr Mann lebte als Privatier, so daß für alle Teile viel Annehmlichkeiten herauskamen. Ich hatte nur große Furcht, daß die Polizeibehörde in Rixdorf mir auch Schwierigkeiten machen würde. Doch darauf mußte ich es jetzt ankommen lassen. Meine Anmeldung fand in ordnungsmäßiger Weise statt, und zunächst wurde ich weiter nicht behelligt. Etwa nach vierzehn Tagen wurde ich auf das Revierbüro geladen, weil jeder Zuziehende über seine Familie und sonstigen Verhältnisse Auskunft zu geben hat.

Bei dieser Protokollierung meiner Angaben erfuhr ich nun, daß die Berliner Behörde über meine Ausweisung bereits unterrichtet war, und der protokollierende Beamte meinte bedauernd, daß wohl auch in Berlin der gleiche Fall eintreten würde. Ich wies darauf hin, daß ich in einem festen Arbeitsverhältnisse stände, daß ich bei meiner Schwester wohnte, deren Mann unbescholten wäre — alles blieb ohne Einfluß!

Vier Wochen später wurde ich aus Berlin ausgewiesen!

Aber Berlin gab mir für sich und die dreißig im Ausweisungsbefehl angeführten Ortschaften vierzehn Tage Zeit.

(Fortsetzung folgt.)

Zur Frage der Einheitsfront

Diskussionsbeitrag eines jungen deutschen Arbeiters

Als eifriger Leser der „D. F.“ und emigriertes Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Jugend (der ich auch in meinen Bekanntenkreisen eifrig Propaganda für ihre wirklich gute Zeitung treibe) habe ich mir erlaubt, zu den Ausführungen Aufhäusers Stellung zu nehmen, da ich positiv weiß, daß meine in dem Aufsatz zum Ausdruck gebrachten Gedanken, die eines großen Teiles der Mitglieder der früheren S. A. J. sind.

Ich hoffe und bitte Sie gleichzeitig diesen ziemlich kurz gefaßten Artikel zum Abdruck zu bringen, wenn er auch stilistisch und sprachlich nicht immer vollkommen sein mag und Sie auch in dieser oder jener Frage anderer Anschauung sein mögen.

Mit der Versicherung, daß ich weiter mit allen meinen Kräften zur Verbreitung der „D. F.“ mit beitragen werde und mit sozialistischem Gruß...

Nach genauer Lektüre des Artikels: „Hauptfeind Faschismus“, von Aufhäuser, wird man kaum eine Antwort auf die doch sehr natürliche und begriffliche Frage finden, warum das Problem der Einheitsfront so reichlich spät von denjenigen behandelt wird, in deren Hände das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung gelegt war. Damals in den Tagen vor dem 31. Januar und noch in den Tagen nach der Machtergreifung durch den Faschismus, als noch eine große und stolze „Massenbewegung“ der Arbeiterschaft mit zwei ebenso großen und stolzen „Massenpartei“ bestand, damals als die Frage der Einheitsfront mit nicht zu übertreffender Deutlichkeit auf der Tagesordnung stand und ihrer Lösung harrte, wurde das Einheitsproblem wohlweislich ignoriert — bis Hitler es auf seine Art „löste“. Wenn S. Aufhäuser sagt, daß „die Sozialdemokratische Partei und die Kommunistische Partei des Saargebietes mit fähiger Entschlossenheit eine einheitliche antifaschistische Front gegen die Unterwerfung des Saargebietes unter Hitler-Deutschland gebildet haben“, so zeigt uns dies Beispiel, daß die deutschen Ereignisse seit dem 31. Januar 1933 nicht nur den Untergang der deutschen proletarischen Bewegung nach sich zogen, sondern daß sie auf der anderen Seite dem Proletariat der ganzen Welt, und besonders dem des Saargebietes, zeigten, daß eine der Hauptursachen dieser Niederlage in dem Fehlen einer einheitlichen Kampffront lag. Diese Methode der Einheitsfront, die früher das einzige Mögliche zur Verhinderung einer Niederlage war, hat, nachdem die so große und stolze „Massenbewegung“ der Arbeiterschaft mit den zwei ebenso großen und stolzen „Massenpartei“ in sich selbst zusammengefallen ist, für das deutsche Proletariat ihre ehemalige Bedeutung fast völlig verloren.

Da „die organisatorischen Umfassungsmauern der alten Arbeiterpartei gefallen sind“, wie Aufhäuser sagt, „doch im Dunkel des illegalen Kampfes zahlreiche revolutionäre Gruppen emporwuchsen... die um Ziel und Inhalt einer neuen Bewegung ringen“, kann man von den in der legalen Zeit hauptsächlich zur Bildung der Einheitsfront in Betracht kommenden „alten Arbeiterpartei“ überhaupt nicht mehr sprechen. Sind doch auch die beiden genannten als verantwortlich angesehenen Parteien für ein Neuwachstum, gleich wie in welcher Form, zu sehr kompromittiert. Wenn nun Aufhäuser behauptet, die deutsche Arbeiterbewegung sei nur „an der Spaltung zerbrochen“, so spricht er nicht nur sich und seiner Politik und die der anderen verantwortlichen Arbeiterführer ein vernichtendes Urteil aus, sondern zeigt gleichzeitig, daß das für einen siegreichen sozialistischen Vormarsch unbedingt notwendige: „Lernen aus der Geschichte“, bei ihm völlig abhanden gekommen ist. Hat er doch vollstän-

dig die marxistische Lehre von der Rolle der Partei innerhalb der Arbeiterbewegung „vergessen“. Die Verzweiflung über die vielen und schweren Niederlagen möchte Genosse Aufhäuser mit „der Schaustellung einer papierernen Einheit“ verdecken, das Versagen der „Massenpartei“ (und -Führer) „lehrt“ ihn das Nuln und Verlangen nach noch „größerer“ Massen- und Einheitspartei.

Greifen wir doch nur ein Beispiel von den vielen heraus, um zu beweisen, daß ihm die noch „größerer“ Parteien wohl kaum vor weiteren Niederlagen und Enttäuschungen bewahren werden: War die österreichische Arbeiterschaft auch nur „an der Spaltung zerbrochen“ oder war sie in einer einzigen „Massenpartei“ unter einer einzigen Führung organisiert, in einer großen, revolutionären sozialistischen Einheitspartei, die heute trotz der wirklich bitteren und schmerzlichen Erfahrung (es ist nicht die einzige) wieder gefordert wird? Dieses eine blutige Beispiel der österreichischen Arbeiter lehrt uns, daß wir nicht fruchtlos nach „Einheits- und Massenpartei“ rufen können, die nur bestehen würden „im Geiste der gegenseitigen Annerkennung“, des Kompromisse-Schließens und des „gegenseitigen Verlebens“. Derartige Parteien werden gewöhnlich propagiert von politischen Bankrottieren, verzweifelten Halb- und Hohlheiten nachfolgenden Elementen und den immer Unentschlossenen, von denen Karl Marx 1848 sagte:

„Sie predigen dem Proletariat im allgemeinen Einigung und Versöhnung, sie bieten ihm die Hand und streben nach der Herstellung einer großen Oppositionspartei, sie streben danach, die Arbeiter in eine Parteiorganisation zu verwickeln, in der die allgemeinen sozialdemokratischen Forderungen vorherrschend sind, und in der die bestimmten Forderungen des Proletariats um des lieben Friedens willen nicht vorgebracht werden dürfen. Eine solche Vereinigung würde allein zum Nachteil des Proletariats anfallen.“

Es würde im großen und ganzen eine Partei entstehen ohne klares marxistisches Banner und klare Prinzipien, eine Partei, die daher wie ihre Vorläufer den Reim der Niederlage in sich trägt. Wird man die „enttäuschten Anhänger“, von denen Aufhäuser spricht, und die „von der SPD. und KPD. und von der KPD. zur SPD. überlaufen“ wirklich befreiten und sammeln können, in dem man die in beiden Parteien verfolgte fehlerhafte und verderbliche Politik auf ein und dieselbe Formel vereint? Nein, ein wenig schwieriger liegt doch das Problem der „Einheitspartei“, und ein wenig fähler und kritischer muß man es betrachten.

Sagt uns Aufhäuser doch selbst, daß die beiden früheren Arbeiterpartei ihre Aufgabe als Führer der Massen gänzlich ignoriert und verfehlt hatten: „Das Vertrauen der Massen zu ihrer eigenen Kraft ist das Vertrauen in die unüberwindliche Macht ihrer Einheit und Geschlossenheit“. Hatten nicht die deutschen Massen bis zuletzt „Vertrauen zu ihrer eigenen Kraft“, und trotzdem war das „Vertrauen in ihre Einheit und Geschlossenheit“ (denn die Massen waren einig) keine „unüberwindliche Macht“. Fühlten sie nicht im Gegenteil in dem Augenblick, wo der Faschismus sich ansetzte die Macht zu ergreifen, daß es nun die Aufgabe der Partei wäre, sie zu führen? Jetzt und doch nichts besser, daß vor dem „Sammeln und Organisieren“ der Arbeiterschaft, das nicht weniger wichtige „Aufbauen und Stählen“ einer auf dem marxistischen Fundament fest und unerschütterlich stehenden „Kaderpartei“, die wirklich fähig ist der Führer der Massen zu werden, „vergesen“ wurde. Sehr richtig sagt dann Aufhäuser, daß „am Anfang der Einheit die Einheit der Tat“ stehe, aber hatten dies nicht gerade, wie wir gesehen haben, diejenigen, die dazu die Mäßigkeit und Gelassenheit hatten und reiner Unfähigkeit „unterlassen“? Wenn die Frage der

Partei eine der Hauptfragen der legalen demokratischen Zeit war, so ist sie es mehr noch in der Finsternis der Illegalität, wo endgültig jede „Masse“-Illusion auf das Unbarbarische zerfällt.

Die Avantgarde des deutschen Proletariats wird, im Gegensatz zu den Propagandisten der „Einheits- und Massenpartei“, die mit der tatsächlichen Wirklichkeit nichts gemein haben und gegenüber den blutigen Terrormaßnahmen nur ein Hohes sein können, ihre Aufgabe in dem Aufbau einer neuen Partei sehen. Dieser fortgeschrittenen, klaren und geschlossenen Teil der Arbeiterbewegung wird sein Hauptaugenmerk nicht richten auf ein Vermengen und Vermischen der verschiedenen Theorien, um möglichst „viel“ Anhänger zu sammeln, sondern auf ein Erhalten der Reinheit und Klarheit des marxistischen Banners, das allein den Sieg verbürgt. Weil der Faschismus bereit ist, die Herrschaft des Großkapitalismus um jeden Preis zu stabilisieren und sich mit den Mitteln blutiger Gewalt nach innen und nach außen zu behaupten, weil die Elastiät der Hitler-Diktatur zur Überwindung von Schwierigkeiten... unbegrenzt „stark“, und „er fest, hart und unerbittlich in seiner tödlichen Feindschaft gegenüber der sozialistischen Arbeiterschaft bleibt“, hat der revolutionäre Vortrupp der Arbeiterklasse eine allzu leichtsinnige, nur „von sich reden“ machende, Konzentrations-lager und Gefängnisse anfüllende Phrasen (Massen-)Politik, anzulegen und zu bekämpfen. Wo hätte eine „Einheitsbereitschaft“ in den einzelnen Gruppen der faschistischen Entwicklung geendet, die Aufhäuser fordert? Doch höchst wahrscheinlich mit der radikalen Zerstörung der revolutionären Gruppen und mit der Unmöglichkeit jeder illegalen Arbeit auf längere Zeit. Eine stark und eifrig organisierte „Kaderpartei“, die sich von allen demokratischen Illusionen befreit hat und die eine Politik „der langen Sicht“ (die einzig und allein richtig ist) betreibt, wird nicht nur der Gefahr Göttergleiches handhaben, sondern die einmal verankerten „Kader“ weiterausbauen.

Möge auch diese „Kader“partei für eine gewisse Zeit quantitativ schwächer sein, doch qualitativ wird sie über allen „Massenpartei“ stehen. Eine derartige marxistische Partei ist dann föhig den Massen ein Ziel zu geben, ihr wahrer Führer zu sein, die Triebkraft der Revolution zu werden, und sie wird die Aufhäuser „auf so gänzlich falschen Wege“ angestrebte „Reinigung und Massenbasis“ finden. Wenn so wenig wie die „Massenpartei“ in Betracht kommen kann für die politische Wiedergeburt der deutschen Arbeiterschaft, kann es die „Massengewerkschaft“ für die Belegschaft und den Betrieb. Auch hier muß sich die revolutionäre Avantgarde, will sie fruchtbare und erfolgreiche Arbeit leisten, von dem Prinzip der „Kader“ und von der Politik „der langen Sicht“ leiten lassen.

Aufhäuser sagt weiter: „Alle parteitaktischen Erwägungen haben zurückzutreten.“ Handelt es sich denn wirklich nur um nebenläufige, untergeordnete „parteitaktische Erwägungen“ oder ist es nicht eine der wichtigsten, hauptsächlichsten und schwierigsten Probleme unserer Epoche mit der das Schicksal der deutschen Arbeiterbewegung, das Schicksal des gesamten internationalen „wissenschaftlichen Sozialismus“ unlosbar verbunden ist: an dem richtigen Erkennen der Partei, ihres Wesens, ihrer Rolle und ihrer Aufgabe? Führt dann die Gründung und der Aufbau einer neuen, wahren marxistischen Partei wirklich zur „Vertiefung der Spaltung“, oder wird sie nicht durch das Organisieren der Widerstandskraft der Arbeiterschaft die Ehre des „internationalen Sozialismus“ retten und dem Proletariat die wirklich, dauernde Einheit, die Einheit der Tat erkämpfen? Die revolutionäre Avantgarde wird daher der Ansicht sein, daß die Bildung der Einheitsfront unter den in der Illegalität verbliebenen Gruppen, obwohl diese Frage ihre natürliche entscheidende Bedeutung verloren hat, die Bildung einer neuen Partei nicht ausschließt, die allein das Schicksal der Revolution bestimmt und die allein die Arbeiterschaft zum „Weg zur Macht“ befähigt! Sch o b a.

Wahlschwindel überall

Aus der Lausitz wird uns geschrieben:
Zu den bemerkenswertesten Ergebnissen der Abstimmung vom 19. August gehört zweifellos das von Forst i. Lausitz. Nach Angabe des amtlichen Büros waren stimmberechtigt: 27 728 Personen, davon neben ab: 3571 ausgeschiedene Stimmscheine, bleiben 25 157 Wähler. Dazu kommen 1696 Wähler, die auf Stimmscheine in Forst abgestimmt haben, das sind 26 853 Stimmberechtigte.

Es haben aber abgestimmt 26 684 Personen, also 441 Wähler mehr —'s überhaupt stimmberechtigt waren, und das bei 96 Prozent Wahlbeteiligung. Woher sind also die 441, plus 4 Prozent Nichtbeteiligung, sind 1108, in Summa 1549 Stimmen abge- er Herkunft? Das sind die jungen noch nicht wahlberechtigten Arbeitsdienstpflichtigen, die nicht in der Wählerliste standen, aber zur Abstimmung kommandiert wurden.

Vor der Abstimmung wurden in Forst massenhaft Zettel mit folgendem Text verbreitet:

Katholiken!
Hitler ließ unseren Kaufmann und Probit ermorden!
Hitler ließ ihre Leichen verbrennen!
Hitler schickte unsere Weiblichen in die Gefängnisse!
Hitler vergewaltigt unsere Jugend!
Hitler ist der Feind der Katholiken!
Kein Katholik kann Hitler wählen!

Darüber furchtbare Aufregung bei den Nazis. Bei allen nachhalten Katholiken erfolgte Hausdurchsuchung und strenges Verhör, auch wurde ein katholischer Pfarrer verhaftet. Dann wurde das katholische Pfarramt gezwungen, nachstehende Erklärung in sämtlichen Forster Zeitungen abzugeben:

Der Katholik stimmt mit Ja!

Wie mir soeben von der Redaktion des Forster Tageblattes mitgeteilt wurde, sind Zettel verbreitet worden, die die Katholiken auffordern, am morgigen Wahlsonntag von der Wahlurne fortzublauen. Ich bin ganz überrascht von dieser Bekanntmachung und verweise auf das bestimmte, daß das katholische Pfarramt davon keine Kenntnis bisher hatte und sich den Urfragen dieser Behörde überhaupt nicht erklären kann. Das Pfarramt fordert im Gegenteil nicht zu erklären auf, am morgigen Sonntag ihre Staatspflicht zu erfüllen und zu beweisen, daß wir Katholiken gute Deutsche sind.

Forst (Lausitz), den 19. August 1934.

Das katholische Pfarramt Forst:
i. A.: Günter Pologik, Kaplan.

In Groß-Janowo, Kreis Sorau, wurden die Stimmzettel gleich am Vorstandstisch abgenommen, erst nach Protest einiger Wähler wurden die Zettel in die Wahlurne gelassen. Der Protesteinsender wurde von einem Mährigen SA-Mann zum Volksverräter erklärt.

Berliner Einzelresultate: bis 50 Prozent Nein!

In Berlin-Neukölln wurden in verschiedenen Bezirken 30 bis 35 Prozent Nein-Stimmen abgegeben, in Walsdorf-Süd 40 Prozent. Am Wedding brachte es ein Bezirk auf 300 Nein- und ungültige Stimmen gegen 600 Ja-Stimmen, in einem anderen Bezirk auf 676 Nein-Stimmen gegen 746 Ja. In Lichtenberg wurden 26 bis 27 Prozent Nein-Stimmen abgegeben. Auch in dem rein bürgerlichen Stimmbezirk Köpenick hat sich die Opposition mit 225 gegen 100 vom 25. November mehr als verdoppelt.

Ähnliche Resultate wurden auch in Leipzig erzielt, wo in manchen Gegenden die Nein-Stimmen bis auf 40 Prozent stiegen. Ähnlich war es in Bielefeld und anderen Industriestädten des Westens.

Neue Judenpogrome Streichers

Von der Hitlerpresse unter antisemitischen Verleumdungen zugegeben

Die in Würzburg erscheinende „Mainfränkische Zeitung“ meldet aus Laubendach bei Karlstadt:

„Zu unerlaubter Selbsthilfe gegriffen haben in den frühen Morgenstunden dieses Einwohnere, die, wie uns berichtet wurde, durch übermäßiges Gekrei jüdischer Weibhändler aus dem Schlaf geweckt wurden. Es wird weiterhin erzählt, die Juden hätten sich auch schwere Tierquälereien an schulden kommen lassen. Der Viehhändler Josef Dirsch mußte seine Rücksichtslosigkeit und seine Tierquälereien büßen. Er begab sich in die Behandlung eines Naturheilkundigen. Ueber dieses Vorkommnis kursieren die töstlichen Gerüchte, und man muß sich nur wundern, daß die Juden noch so viele misshandelnde Freunde in ihr eigenen nennen können. Wenn wir auch die Gemütsanmaßung der aus dem besten Schlaf geweckten und durch Tierquälereien empörten Volksgenossen nur zu gut verstehen können, so können wir jedoch die Ausfäureungen im Interesse der öffentlichen Ruhe und Sicherheit nicht für gut heißen. Die Gendarmerie Karlstadt hat sich des Vorfalles bereits angenommen und wird in objektiver Weise dazu Stellung nehmen.“

Die Gendarmerie des Hitler-Streichers verhaftet nicht etwa die Banditen, sondern nimmt „in objektiver Weise Stellung“.

Des „Führers“ Freund

„Die Schande von Kamen“

Dortmund, 9. Sept. (Anprek.) Der „Stürmer“ des Ehrengruppenführers Streicher hatte in seiner Augustausgabe (Nr. 11) einen Artikel „Die Schande von Kamen“ veröffentlicht, in dem er den nationalsozialistischen Bürgermeister von Kamen bei Dortmund, Brünning, und den Mann der Judenfriedhöfe, durch einen erwerbslosen SA-Mann den Judenfriedhof in Kamen in Ordnung bringen zu lassen“. Dieser Artikel führte zu einer „dringenden Gemeinderats-sitzung“ in Kamen, die so härmlich verlief, daß sie unterbrochen werden mußte und eine Anzahl Gemeinderatsmitglieder sich an den weiteren Beratungen nicht mehr beteiligte. Die Sitzung verdient besonderes Interesse, weil hier einmal in Deutschland selbst zu den Methoden Stellung genommen worden ist, mit denen Streicher sein Schandblatt fabriziert.

Der Bürgermeister Brünning erklärte, daß „Jehon in der Uebersicht des „Stürmer“ eine Lüge enthalten sei“. Er gab jedoch eine Darstellung aller in dem Bericht enthaltenen Lügen und erklärte zum Schluß, daß er von der Absicht des „Stürmer“, den Artikel zu veröffentlichen, vor erstem Druck Kenntnis erhalten und das Blatt gewarnt habe, ihn anzunehmen. Der „Stürmer“ aber, sagte Brünning, „hat meine Angaben dem Nichtigstellung nicht abgewartet, sondern den tendenziös entstellten Bericht veröffentlicht.“

Wer nicht pariert, krepier!

Das Wiesbadener Tageblatt veröffentlicht folgende Notiz aus der Gemeinde Kirchen (Siegl):

„Der Arbeiter und Kritiker“ stellen sich außerhalb der großen Volksgemeinschaft. Zu ihnen gehört auch der Kalkulator aus Besdorf, der sich in letzter Zeit wiederholt in höchst abfälliger Weise über die Regierung geäußert hat. Er wurde von der Polizei von seiner Arbeitsstelle in der Lokomotivfabrik Arnold Jung zur polizeilichen Vernehmung geholt und dann vorläufig (?) wieder auf freiem Fuß gelassen. Die Volksgemeinschaft seiner Arbeitsstelle weigerte sich (?) weiter mit dem Stänkerer zusammen zu arbeiten, so daß er von der Volksgemeinschaft ausgeschlossen wurde. Die Folgen der Arbeitslosigkeit und die Gefahr auch den Verlust der Erwerbstätigkeit hat er sich selbst zuzuschreiben.“

Tragischer Tod

Der frühere Sekretär des Buchbindervereins in Magdeburg, Dietricher, 62 Jahre alt, erlitt infolge Verwirrung im Buchbinderhandwerk in Magdeburg einen Herzschlag. An seiner Beerdigung nahmen über 700 sozialdemokratische Parteigenossen teil.

60000 verließen Deutschland...

Das Hilfswerk für die deutschen Flüchtlinge

Genf, 6. Sept. Nach Mitteilungen, die der Kommissar für das Hilfswerk zugunsten der deutschen Flüchtlinge (Israeliten und anderer), James G. MacDonald, bei einem Presseempfang im Genfer Hotel Bellevue machte, konnten bisher ungefähr 25000 Flüchtlinge untergebracht werden, deren Mehrzahl ist nach Palästina gegangen. Die anderen haben sich nach überseeischen Ländern begeben oder konnten ständige Beschäftigungen in den Ländern finden, wohin sie zuerst gelassen waren. Gegenwärtig stellen fast alle Regierungen der Deutschland benachbarten Ländern gleichartige Reisepapiere zugunsten der Flüchtlinge aus. Diese

„Identitäts- und Reiseausweise“

sind hinsichtlich der Visierung durch die Einwanderungsländer der nationalen Reisepässe gleichgestellt. Andererseits konnten im Hinblick auf die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit in allen Ländern für die Arbeitsbewilligungen zugunsten solcher Flüchtlinge, die für eine selbständige Niederlassung keine genügenden Mittel haben und einen Brotverwerb suchen müssen, viel weniger günstige Resultate erzielt werden. Das Hilfswerk für die Flüchtlinge sollte daher durch konstruktive Maßnahmen ergänzt werden, welche die definitive Niederlassung der Betroffenen in neuen Beschäftigungsfreien zum Ziel haben. Derartige Maßnahmen werden zurzeit in London und besonders in Newyork getroffen, um besondere Organisationen zu schaf-

fen behufs Beschleunigung der Auswanderung und der Ansiedlung. Diese letztere soll den Flüchtlingen eine wirtschaftliche Grundlage bieten, um sie vor dem beschämenden Gefühl zu bewahren, dauernd der öffentlichen Wohltätigkeit anheim zu fallen. Da im ganzen

mehr als 60000 Flüchtlinge Deutschland verlassen

haben, sind ganz bedeutende Mittel erforderlich, damit die verschiedenen Organisationen, die in der angegebenen Richtung arbeiten, ihre Tätigkeit fortsetzen können. Bereits haben die jüdischen Gemeinschaften der ganzen Welt in weitem Maße zu dem Zweck der unmittelbaren Hilfe an solche Flüchtlinge beigetragen, deren Lage sich als besonders verzweifelt darstellte. Die Gelder aus christlichen Kreisen ihrerseits waren bisher äußerst beschränkt, und da sich unter den Flüchtlingen weniger Christen als Juden befinden, haben viele jüdischen Gemeinschaften auch die ersteren, die sich unter den israelitischen Schicksalsgenossen befanden, unterstützt.

Man hofft jedoch, daß sowohl in den Vereinigten Staaten als in Großbritannien, mit Unterstützung hoher kirchlicher Behörden, es möglich sein werde, für die christlichen Flüchtlinge größere Mittel aufzutreiben, um damit jene jüdischen Gruppen zu entlasten, die bisher ihre Unterstützung ohne Rücksicht auf Rasse oder Bekenntnis der Flüchtlinge gewährt haben.

BRIEFKASTEN

H. Marburg. Sie schreiben uns: „In dem kleinen Ort Weinsheim bei Mainz gab es jüngst eine freudige Sensation für die Nationalsozialisten und die Hitler-Jugend des Ortes. Man machte sich eine Straßengruppe zurecht und zog sie an einem Laternenpfahl in die Höhe. Darunter stand in großer Schrift: „Hier hängt der letzte Jude.“ Das sollte ein Zeichen dafür sein, daß es mit vereinten Kräften des Volkstums und des Terrors gelungen war, die letzte der sechs jüdischen Familien des Dorfes auszutreiben. Das gab ein Pochen und Schmunzeln. Es verriet sich von selbst, daß die gelungene Judenverdrängung höheren Ortes gemeldet wurde und der heftige Gouletter mit seinem Lob für seine tüchtigen Amtswalter nicht lachte.“

Un mehrere. Wir sind leider ganz außerhande, Ihnen die Adresse von Dr. Kurt Tuscholsky anzugeben. Wir würden es auch dann nicht tun, wenn sie in unserer Beschlusse wäre. Warum er schweigt? Es gibt viele Pseudonyme, an denen Tuscholsky auch früher nicht arm gewesen ist, und wenn er wirklich nichts fürchte, so haben wir Grund zu der Annahme, daß es Vorbereitung für kommende Dinge sei. Wir können uns vorstellen, daß ihn das Schicksal Karl v. Dilligens besonders tief berührt.

St. Gallen. Sie sind sehr neugierig. Sie wollen wissen, warum man von dem Brecher der Finanzwirtschaft, Gottfried Heder, nichts mehr hört. Bitte, schreiben Sie einige Zeilen an Herrn Dr. Schacht, und Sie werden prompt Auskunft erhalten. Ferner erkundigen Sie sich nach Herrn Hinkel, der in den ersten Monaten des „dritten Reiches“ preußischer Staatskommissar für die Theater war und, beschützt von seinem Gönner Göring, pompöse Reden über die Erneuerung der deutschen Bühne und ihre Befreiung von nichtarischen Einflüssen hielt, von unzähligen Aufführungen ganz abgesehen. Wir vermuten, daß er in derselben Verleumdung verschwunden ist, in die auf Schlageter-Johst geräuschlos fiel.

Dr. Stadler. — Also Sie leben noch! Wie wir klassischen Zeitungen entnehmen, haben Sie sich bei einem Freunde in Straßburg gemeldet, mit der Mitteilung, daß Ihnen am 30. Juni nichts geschehen sei, und daß Sie sich „auf Urlaub“ befänden. Man müge das allen Verwandten und Freunden mitteilen, damit sie sich keine Sorgen machen. Wir freuen uns aber jeden, der der Parteiführung ausnahmsweise, entronnen ist. Sie, mit Ihren alten Beziehungen zu Sozialdemokraten, haben sich trotz rechtlichen Beweises als Direktor der emichlammerten „Sozialen Zeitung“ nach der Parteierklärung durch Hitler nicht in die Herzen der braunen Reichsbanner schmeicheln können. Vielleicht war es nur ein „Versehen“ oder ein „Mißverständnis“, durch das Ihr Glaubensfreund, Dr. Klausener, vom Leben zum Tode kam, dem Sie das Niedersehen mit Ihrer Heimat Elsas-Vorbringen verdanken. Können Sie noch zurück? Wenn nicht, so begründen wir auch Sie im Kollegium der Emigranten.

„Reichs-Gesetzblatt.“ Man schreibt uns: „Einem übergebrachten Brauch folgend, haben auch in diesem Jahre der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Franklin D. Roosevelt, und eine Reihe anderer amerikanischer und ausländischer Staatsmänner anlässlich des Reichs-Gesetzblattes durch die J. N. Gluckwänsche und Grubbschickler an die jüdische Bevölkerung gerichtet.“ — Wie tief doch ein „Nährer“ sinken kann, wenn er nicht rassistisch erleuchtet ist wie Adolf Hitler.

Jüdischer Staatsbürger. Sie teilen uns mit: „Das parteiliche Blatt „Die Auerbachsche Landeszeitung“ veröffentlicht eine Warnung an jüdische Firmen. In der es heißt, daß zwei jüdische Firmen durch die Unachtsamkeit eines Akquisiteurs je ein Inserat in der „Auerbachschen Landeszeitung“ untergebracht hätten. Nach Feststellung der Sachlage sei der Akquisiteur entlassen und die Forderungen des Verlages an die jüdischen Firmen seien dem Winterhelferwerk überwiesen worden. Zum Schluss der Erklärung heißt es: „Wir warnen hiermit nichtarische Firmen jeder Art, Inserate in unserer Zeitung auf Umwegen anzugeben zu versuchen, da wir sonst gegebenenfalls gegen die betreffenden Firmen auf dem Gerichtsweg vorgehen werden.“ — Der Streit ist sofort geschlichtet, wenn alle Juden soviel Selbstachtung haben, daß sie die antisemitische Presse nicht durch Inserate unterstützen.

Frankreich und Italien

Die neue Verständigung

Paris, 9. September.

Wladimir D'Ormesson beschäftigt sich im „Figaro“ mit den französisch-italienischen Beziehungen. Der bekannte Publizist stellt mit Befriedigung eine Besserung dieser Beziehung als Folge der deutschen Ereignisse fest. Er sagt, die Italiener seien wie die Engländer, sie fühlen nicht instinktmäßig die deutsche Gefahr, denn sie seien ja nicht direkt Nachbarn Deutschlands. ... Aber jetzt, wo die deutsche Gefahr auch sie direkt bedroht,

reagieren sie genau wie Frankreich.

Auch England beginne ja, sich zu fragen, ob nicht seine Sicherheit illusorisch sei. Zwischen Frankreich und Italien gebe es heute eine Gemeinsamkeit der Auffassungen. Diese Gemeinsamkeit richte sich nicht gegen Deutschland, denn Italien sei ja nicht antideutsch, es wünsche genau wie Frankreich, in Frieden mit seinen Nachbarn zu leben. Aber Frankreich und Italien seien sich einig, daß das deutsche Getummel eben auf Deutschland beschränkt bleiben müsse.

Es gebe aber, so meint D'Ormesson, zwischen Frankreich und Italien noch viel härtere Bindungen. Diese Bindungen seien in der gleichen Kultur und in der gleichen Lebensauffassung zu suchen. Und wenn auch Italien eine Diktatur, England ein Königreich und Frankreich eine Demokratie sei, so schlinge sich doch um alle drei das gleiche Band der Zivilisation.

Zwischen Frankreich und Italien, so heißt es weiter, gebe es keine Prestigefragen mehr. Die beiden Länder, die eines wie das andere die gleiche Denkart haben, streiten sich nicht mehr um Schattens, sondern verständigen sich über

Tatsachen. Sie haben hinsichtlich des Donaupaktes ein großes Aufbauprogramm gemeinsam zu vollenden. Und was diesem Werk keine Bedeutung verleiht, ist, daß es nicht Befehres für Europa und für die Sache des Weltfriedens gibt.“

Der Franken

Frankreich will ihn halten

Newyork, 9. September.

Die französisch-amerikanische Gesellschaft in Newyork hat ein großes Abschiedsessen gegeben zu Ehren der französischen Delegation, die aus Anlaß der Gedächtnisfeier für Jacques Cartier, des Entdeckers von Kanada, nach Amerika gekommen war. Bei dieser Gelegenheit hat der französische Minister der öffentlichen Arbeiten eine längere Rede gehalten, in der er sich auch mit der Frage des Franken beschäftigte. Zur französischen Geldpolitik erklärte der Minister sehr energisch, daß Frankreich den Franken halten werde, genauso wie die französischen Soldaten Verdun gehalten hätten, nicht aus wirtschaftlichen Gründen allein, sondern vor allem auch aus moralischen Gründen. Denn die Regierung wisse sehr wohl, daß die wirtschaftliche Unordnung ernste soziale Wirren entlocken würde. „Wir wissen“, so schloß der Minister seine Ausführungen, „daß der Mittelstand durch die Geldentwertung bereits große Opfer gebracht hat, und wir wollen nicht, daß auch noch die Arbeiterschaft zugunsten spekulativer Berechnungen ihres Lohnes beraubt wird, besonders da wir darin keine Besserung der Lebensumstände sehen.“

Fabrik- oder Siedlungsgelände

ca. 5000 qm in Stiring-Wendel, 133, rue Nationale, 133 mit Fabrikgebäude

zu verkaufen. Sich wenden unter Nr. 149 an die Expedition dieses Blattes

Paris

Jungesellen-Wohnung

mit Bad und Küche möbl., zu vermieten. Heizung, Warmwasser, Telefon 7, Avenue du Colonel Bonnet Passy

Straßburg

Faschisten ohne Hemd

In dem Arbeiterviertel Illkirchen-Gravenstaden holten sich einige Schwarzhemden, die dort mit dem Verkauf ihrer Zeitung ihre Heilslehren an den Mann bringen wollten, eine böse Abfuhr, die rasch entschlossenen Arbeiter, die in größerer Zahl die Faschisten umringten, nötigten die recht verblüfft dreinschauenden Vertreter der Straßburger Faschistenortsgemeinschaft, sich möglichst rasch ihrer Hemden zu entledigen. Nach einigen Ausflüchten kamen die Herren dieser Aufforderung nach, ließen sich noch fotografieren und marschierten dann in trauigem Zug nach Straßburg zurück. Die Bevölkerung scheint nicht gesonnen zu sein, den Faschismus und seine Vertreter mit überströmender Liebe zu empfangen. Seit einigen Tagen sind auch im Straßburger Stadtbild die uniformierten Vertreter der Faschisten verschwunden.

Keine Einreiseerlaubnis für „schöne Frauen“

Im erst vor kurzem wiedereröffneten Union-Theater sollte vor einigen Tagen zum Beginn der Exposition eine Revue „schöner Frauen“ steigen. Alle Vorbereitungen waren getroffen und der Kartenverkauf hatte bereits begonnen. Doch als die Vorstellung beginnen sollte, waren die schönen Frauen nicht gekommen. Sie erhielten keine Einreiseerlaubnis. Die zuständigen Stellen scheinen der Meinung gewesen zu sein, daß die vielen, vielen schönen Frauen viel besser im „dritten Reich“ bleiben könnten und die Straßburger diesen Verlust nicht allzu schmerzhaft empfinden würden. Vielleicht hat der „Führer“ Erbarmen mit den arbeitslosen Schönen und holt sie in letzter Stunde nach Nürnberg. Die

Der Erfolg liegt in der [Reklame!]

Inserieren Sie deshalb in der „Deutschen Freiheit“

Werbt für die „Deutsche Freiheit“

SA. sieht „sowas“ auch ganz gern und Adolf selbst findet unter diesen „ausgesuchten Geschöpfen der Anmut und Schönheit“ vielleicht doch eine, mit der er vereint dem deutschen Volke seine Vorschläge auf Volksvermehrung und rassistische Ertüchtigung einmal vorlegt. Wer kann wissen?

Paris

Anhaltende Goldzuflüsse von England nach Paris

Der Ausweis der Bank von Frankreich zeigt eine neue bedeutende Zunahme des Goldbestandes um 442 Millionen Fr., die wiederum vornehmlich auf Verkäufe des englischen Ausgleichsfonds, die dieser zur Verteidigung des Pfundkurses vornimmt, zurückgeht. In der Vorwoche erhielt das Noteninstitut einen Goldzugang von 504 Millionen Fr. Das Tempo der Goldzuflüsse hat sich also kaum vermindert. Die Zunahme des Goldbestandes, die ja ein Ausdruck für die Kapitalabwanderung von London nach Paris ist, trägt zur Verflüssigung des Pariser Goldmarktes bei.

Deutscher Klub

Am Dienstag, dem 11. September, um 21 Uhr, spricht im Deutschen Klub (Salons Le Peristyle, 31 bis, Rue Vivienne-Métro: Bourse) W. Walder über „Deutsche Emigration hier, drittes Reich dort. — eine Auseinandersetzung und eine Kritik.“ — Gäste sehr gerne willkommen. Eintritt für Mitglieder frei. Gastbeitrag: 2.— Franken.

Literatur

Das Internationale Antifaschistische Archiv, Paris (13e) 65, Boulevard, teilt uns mit: „Einem vielfach geäußerten Wunsch von Journalisten, Schriftstellern und Organisationen entsprechend stellt das Internationale Antifaschistische Archiv seine gelamten umfangreichen Materialien, neugeordnet und vielfach erweitert, der allgemeinen kostenlosen Benützung bereit. Die etwa 300 Nummern enthalten Material über die verschiedensten Gebiete: Sozialpolitik, faschistische Organisationen, illegale Parteien, Reden der faschistischen Führer, Wirtschaft, Arbeit, Kirche, Landwirtschaft, Judenfrage, Terror, faschistische Propaganda, Saboteur usw. usw. — Im antifaschistischen Archiv liegen aus: antifaschistische Zeit- und Wochenchriften des In- und Auslandes, antifaschistische Zeitungen (unangehörigen), Zeitungen des Faschismus (unangehörigen), darunter auch wichtige Provinzialblätter. Vierteljahrhefte des Instituts für Konjunkturforschung, „Statistik und Wirtschaft“, „The Economist“, Zeitungskorrespondenzen und Bulletin. Dem Archiv ist die Deutsche Freiebibliothek angeschlossen, die, außer den in Deutschland verbrannten Roman- und Zeitschriften, eine große Anzahl Bücher über den Faschismus und die verschiedensten Wissensgebiete besitzt. Das Internationale Antifaschistische Archiv liefert zahlreiche Materialien und Unterlagen zu den weltbekannten Brauchbüchern I und II, zu Broschüren, Briefen und Aufsätzen. Gedruckt: täglich, außer Sonntags, von 10 bis 12 und von 3 bis 6 Uhr.“

Für den Gesamthalt verantwortlich: Johann P. H. in Durbel; für Inserate: Otto R. u. S. in Saarbrücken. Notationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5. — Schließfach 776 Saarbrücken.

2. Auflage soeben erschienen!

Hitler rast

Von KLAUS BREDOW

Fragen Sie in den Kiosken und Buchhandlungen nach. Falls die Broschüre am Ort nicht zu haben ist, liefert die Buchhandlung der „Volkstimme“, Saarbrücken, Bahnhofstraße 32, gegen Voreinsendung von 3,90 französischen Franken auf das Postscheckkonto Saarbrücken Nr. 619 Verlag der „Volkstimme“, Saarbrücken